

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 277.

Donnerstag, den 27. November 1902.

9. Jahrgang.

Preis eines Heftes.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.

Berlin, 25. November.

Aus dem Reichstag. Der „blaue Montag“ hat die Mitglieder der Zollmehrheit wenigstens soweit gestärkt, daß sie den Weg zum Reichstagsgebäude wieder gefunden haben, scheint aber nicht ausgereicht zu haben, sie zum Reden zu stärken, wenigstens schwiegen sich die Herren auch am Dienstag wieder völlig aus. Sie ließen unser Genossen reden und stimmten die Anträge, gegen die sie nichts einzuwenden wußten, unter heroischer Ueberwindung ihrer sonstigen Abneigung gegen die rothe Farbe mit den rothgefärbten Abstimmungskarten nieder. Es half nichts, daß Genosse Rosenow sogar die Autorität des Herrn von Kardorff für die Schädlichkeit der Salzsteuer ins Feld führen konnte: unser Antrag, die Erträge der Zollerhöhung zu ihrer Abschaffung zu verwenden, fiel, wie unser Antrag auf Verwendung der Zollerträge für Schulzwecke gefallen war. Ebenso fiel unser weiterer Antrag, die Zollüberschüsse für Abschaffung der Zuckersteuer zu verwenden, obwohl Bernstein ihn mit den durchschlagendsten Gründen als ebenso notwendig wie nützlich nachzuweisen verstand; daß die Obstruktion, von der übrigens bei der Tarifberatung keine Rede sein kann, eine durchaus legitime Waffe parlamentarischer Minoritäten ist, bewies Genosse Bernstein an der Hand englischer Vorgänge und speziell eines neulichen Ausspruches des Ministers Chamberlain. Auch Richter erklärte sich, allerdings nur provisorisch, für unsern Antrag. Es half alles nichts, er wurde abgelehnt.

Einen weiteren Antrag von unserer Seite, 43 Millionen Mark aus den Zolleinnahmen für die Erleichterung der Aufhebung der Branntweinsteuer zu verwenden, begründete Genosse Wurm in längeren Ausführungen, in denen er namentlich die Liebesgabenpolitik mit ebenso großer Schärfe wie Sachkenntnis geißelte: wieder ward das alte Spiel wiederholt; wieder schwiegen sich die Mehrheit aus und stimmte, diesmal noch um die Freisinnswannen verstärkt, unseren Vorschlag nieder. Die Abstimmung war, wie ihre Vorgängerinnen, namentlich; neurituell verfiel sich. Die Präsenzliste bewegte sich durchweg zwischen 250 und 260.

Ein neuer Antrag unserer Fraktion, die Getreidezölle bei bestimmten Preisen des Getreides aufzuheben, wird Mittwoch das Haus beschäftigen.

222. Sitzung, Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf Posadowsky, Fehr, v. Thielmann.

Die zweite Verathung des Zolltarifgesetzes wird fortgesetzt bei der namentlichen Abstimmung über den vom Abg. Bebel (SD.) beantragten § 11b, bei der sich gestern die Beschlußfähigkeit des Hauses herausgestellt hatte (Ueberweisung von 100 Millionen Mark aus dem Ertrag der Zölle zur Förderung des Volksschulwesens.)

§ 11b wird mit 211 gegen 59 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen abgelehnt. Die Präsenzliste beträgt 275. Von den Abgg. Rosenow (SD.) und Genossen wird beantragt, folgenden § 11c in das Zolltarifgesetz einzuschalten: „Von dem Ertrag der auf Grund dieses Gesetzes zu erhebenden Zölle sind alljährlich 49 Millionen zur Erleichterung der Aufhebung der Abgabe von Salz zu verwenden. Ueber die Aufhebung einer Abgabe vom Salz ist durch ein besonderes Gesetz Bestimmung zu treffen. Bis zum Inkrafttreten dieses neuen Gesetzes ist diese Summe von jährlich 49 Millionen Mark für Rechnung des Reichs anzusammeln und verzinslich anzulegen. tritt dieses Gesetz bis zum 1. Januar 1906 nicht in Kraft, so treten von da ab die §§ 2 bis 18 des Gesetzes von 1867 betr. die Erhebung einer Abgabe von Salz außer Kraft.“

Rosenow (SD.): Die Belastung für den Kopf der Bevölkerung durch die Salzsteuer betrug 1893/94 91 Pf., heute beträgt sie etwa 1 Mk. Die Salzsteuer ist die ungerechteste aller indirekten Steuern. Schon 1867, als in der Kommission des Norddeutschen Reichstages über die Einführung der Salzsteuer verhandelt wurde, wurde eine weitere Ermäßigung als höchst wünschenswerth bezeichnet. 1872 verlangte der Reichstag in einer Resolution die baldige gänzliche Aufhebung dieser Abgabe als eine Forderung der Gerechtigkeit. Diese Resolution war damals auch von den Centrumsabgeordneten und Nationalliberalen unterschrieben. Selbst Herr von Kardorff sprach damals für gänzliche Aufhebung dieser Abgabe. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Regierung erklärte sich ebenfalls prinzipiell für die Beseitigung dieser Steuer. Fürst Bismarck hatte gegen die Aufhebung nur finanzielle Bedenken. Daran dachte dieser eingeleitete Vertreter jungerlicher Interessen natürlich nicht, daß man statt der Salzsteuer eine höhere Belastung der besitzenden Klassen einführen könnte. Allmählich aber bekehrte sich die Mehrheit des Reichstages zu der Auffassung, daß die Salzsteuer eine durchaus gerechtfertigte Belastung der armen Proletarier darstellt. 1896 versuchte meine Partei, die Aufhebung der Salzsteuer herbeizuführen. Damals suchten die anderen Parteien unsere Forderungen wenigstens zu widerlegen. Heute hält man es überhaupt nicht mehr für nöthig, etwas auf unsere Anträge zu sagen. Und doch ist das Salz, eines der notwendigsten Nahrungsmittel, höher besteuert als die Lebensgenüßmittel der Reichen.

Diese Steuer wirkt in der gegenwärtigen Zeit der Arbeitslosigkeit besonders drückend. Ja, es kommt sogar vor, daß von den Bauern das Viehsalz, weil es billiger ist, als menschliches Nahrungsmittel verwendet wird. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es giebt Häuser, in denen überhaupt kein weißes Salz über die Schwelle kommt. Letzteres hat die „Lugsburger Volkszeitung“, ein Centrumsorgan, festgestellt. Nehmen Sie unseren Antrag an und beseitigen Sie damit diese drückende Belastung des Volkes. (Beifall b. d. Soz.)

Damit schließt die Debatte.

Der Antrag Rosenow wird in namentlicher Abstimmung mit 190 gegen 64 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Als § 11d beantragen die Abgg. Bernstein (SD.) und Gen., aus den Erträgen der Zölle jährlich 100 Millionen zur Erleichterung der Aufhebung der Zuckersteuer zu verwenden.

Bernstein (SD.): Der neue Zolltarif wird, wenn er nach den Kommissionsbeschlüssen zu Stande kommt, dem Reiche eine bedeutende Vermehrung seiner Einnahmen bringen. Andererseits werden die Ausgaben der Konsumenten bedeutend steigen. Die Mehrbelastung des Volkes beträgt 600 Millionen Mark. Die konservativen Anträge auf Herabsetzung der Industriezölle werden wir unterstützen, da sie diese Belastung wenigstens um ein geringes vermindern würden. Außerhalb des Hauses wurde behauptet, durch diesen Antrag werde die Parität zwischen den landwirthschaftlichen und industriellen Zöllen herbeigeführt. Wenn ich pathetisch werden wollte, würde ich angeht, einer solchen Auffassung mit einem kläffigen Worte fragen, ob denn die Scham völlig zu den Hundst entflohen ist. — (Gr. Unruhe rechts.)

Präsident Graf v. Helldorf: Ich möchte Sie bitten, zu Ihrem Antrag zu kommen und keine neue Generaldiskussion über den ganzen Zolltarif herbeizuführen. (Bravo! rechts.)

Bernstein: Selbst der Reichskanzler hat ja erklärt, daß die landwirthschaftlichen Zölle 17 Proz. des Werthes, die Industriezölle nur 59 Proz. bedeuten. Von einer Parität kann also keine Rede sein. Zudem wissen wir ja, daß ein Kompromiß in der Luft schwebt ...

Präsident Graf v. Helldorf: Ich muß Sie wiederholt ersuchen, auf Ihren Antrag zu kommen.

Bernstein: Ich war eben im Begriff, auf den Antrag zu kommen. Neuerdings sind wieder Bestrebungen auf Gründung eines neuen Zuckerkartells zu Tage getreten. Ein solches Kartell würde selbstverständlich eine Erhöhung des Preises für die Konsumenten bedeuten. In England macht sich eine erhebliche Opposition gegen die Brüsseler Zuckerkonvention geltend; im Parlament — wo die Frage allerdings zur Zeit durch die Schuldebatte in den Hintergrund gedrängt ist — haben 120 Abgeordnete gegen, 230 für die Zuckerkonvention votirt; allein es ist möglich, daß die kontinentale Zuckerpolitik die Opposition in England derartig stärkt, daß die Regierung von der Ratifizierung der Brüsseler Beschlüsse absehen muß. Thatsächlich hat, wie ich Ihnen seiner Zeit nachgewiesen habe, England kein Interesse an der Brüsseler Konvention. Wir haben uns im Interesse der Verbilligung des Zuckers als eines der wichtigsten Nahrungs- und Futtermittel für die Konvention erklärt. Für die mittleren Bauern gerade bedeutet die Zuckervertheuerung die Annullierung des etwaigen Nutzens aus der Getreidezollerhöhung; die kleinen, feinen Getreide verkaufenden Bauern werden noch mehr geschädigt. Die ganze Viehzucht wird durch die Zuckervertheuerung ihrerseits vertheuert, dadurch werden wieder die Fleischpreise gesteigert und die Konsumenten belastet. — Als Nahrungsmittel stärkt der Zucker die Muskelkraft, befördert die Verdauung und ist ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung des Alkoholismus. Daher ist eine Steigerung des Zuckerkonsums sehr nöthig; sie ist aber nur möglich, wenn der Zuckerpreis herabgeht. In England hat die Verbilligung des Zuckers eine gewaltige Konsumsteigerung herbeigeführt. — Gegen unseren Antrag kann kein triftiger Grund geltend gemacht werden; die Rücksicht auf die Reichsfinanzen kann für uns nicht maßgebend sein, da die Reichsmittel für Zwecke verwendet werden, mit denen wir uns nicht einverstanden erklären können. Unser Antrag liegt in der Richtung einer internationalen, friedlichen Wirtschaftspolitik, deren größtes Hinderniß die Schutzpolitik bildet. Durch die Aufhebung immer höherer Zollmauern befördern wir die Rivalität, den Konkurrenzstreit auf dem Weltmarkt. Die Flottenpolitik hängt aufs engste mit dieser ganzen Entwicklung zusammen. Höhere Zölle, höhere Ausgaben für Armee und Marine-Schraube ohne Ende. — Sie (nach rechts) sollten gerade im Interesse der Abzugslosigkeit der Landwirtschaft unserem Antrage zustimmen. Wir kämpfen hier den großen wirtschaftlichen Kampf, den die Vorkämpfer der bürgerlichen Nationalökonomie, Ricardo und Adam Smith, eingeleitet haben. Die Zuckersteuer bildet ein Hinderniß der wirtschaftlichen Entwicklung; wenn wir sie bekämpfen, handeln wir im Geiste der bürgerlichen Nationalökonomie. Man hat uns „Obstruktion“ vorgeworfen. Wir müssen diesen Vorwurf ablehnen. Wenn wir aber Obstruktion treiben würden, so wären wir in unserem Rechte. Die Obstruktion ist eine legitime Waffe einer parlamentarischen Minderheit; das hat noch neulich der englische Minister Chamberlain im Parlamente anerkannt. Die englische Regierung hat den Schuldebatte mit den Konzeptionen vertheidigt, die sie der Opposition gemacht hat. Wo haben Sie (nach rechts und zum Centrum) uns während der

Zolldebatte Konzeptionen gemacht? Gab es überhaupt eine wirkliche Debatte? Sie haben uns reden lassen und sich hartnäckig ausgeschwiegen. Wir verlangen Auflösung des Reichstages und Neuwahlen. Erklärt sich das Volk für Zölle, werden wir uns fügen. Man wirft uns vor, daß wir die Wählerparole für den Wahlkampf gebrauchen. Auch die Handelsvertragsfrage würde uns als Parole genügen. (Vizepräsident Graf Stolberg bittet den Redner, nicht zu weit vom Thema abzuschweifen.) Nicht einer Wählerparole wegen, sondern im Interesse des deutschen Volkes werden wir den Kampf gegen den Zolltarif zu Ende kämpfen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Richter (SP.): Die Sozialdemokraten haben meinen neulich als geschäftsordnungswidrig bezeichneten Antrag in anderer Form wieder eingebracht. Ebenfalls mit sozialdemokratischer Hilfe ist der Antrag Trimborn angenommen worden, von dem wir hoffen, daß er in der dritten Lesung wieder beseitigt wird; wir halten die Erträge der Zölle für besser verwendet, wenn sie zur Beseitigung der Verbrauchssteuern benutzt werden. Wir betrachten den Antrag Bernstein als einen Fehler nach dieser Richtung hin und werden für ihn stimmen.

Der Antrag Bernstein wird in namentlicher Abstimmung mit 168 gegen 99 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Als § 11e beantragen die Abgg. Wurm (SD.) und Gen. die Bestimmung einzufügen, aus den Zöllen 43 Millionen zur Erleichterung der Aufhebung der Branntweinsteuer zu verwenden.

Wurm (SD.): (Die ersten Ausführungen bleiben bei der Unruhe unverstanden): Die Branntweinsteuer hat in den 15 Jahren ihres Bestehens 600 Millionen Mark aus den Taschen des arbeitenden Volkes in die der Agrarier übergeleitet. (Hört! hört! b. d. Soz.) Redner geht ausführlich auf die Geschichte des Branntweinsteuergesetzes ein. Ein solches Steuersystem, das die ärmsten Kreise des Volkes belastet, muß zum mindesten in dem Moment beseitigt werden, wo man daran geht, dem Volke die allernothwendigsten Lebensmittel zu vertheuern. Jene Herren (nach rechts) bezeichnen den Spiritus im Gegensatz zum Petroleum als ein nationales Produkt, weil die Branntweinsteuer geeignet ist, ihre eigenen Taschen zu füllen. Ein ernsthafter Konkurrent des Petroleums könnte nur der aus Loth erzeugte Spiritus werden. Alle Fortschritte auf diesem Gebiete werden aber durch die einseitig agrarische Branntweinsteuerpolitik der Regierung verhindert. Von den 38 Millionen Liebesgaben, die im Jahre 1901 den Brennereien ausgeführt wurden, fielen 31 Millionen nach Preußen, also an die Agrarier des Ostens, und nur 7 Millionen nach Süd- und Mitteldeutschland. Die Kontingentierung bringt, wie gar nicht genug betont werden kann, vor allem den großen Brennern Nutzen. 1892 erhielten die 197 größten Brenner zusammen 5,6 Millionen; die 18.000 kleinsten Brenner dagegen nur 3 Millionen. (Hört! hört! bei den Soz.) Das sind die Früchte der von Bismarck inaugurierten Liebesgabenpolitik, die sich direkt zu Gunsten der Großgrundbesitzer gegen die Bauern wendet, denen durch die Verwendung der Kartoffeln zu Brennweiden die Viehfütterung erschwert und vertheuert wird. Nachdem den Herren Agrariern die Einführung der Zwangsdeklaration mißlungen ist, versuchen sie es mit der Kartellierung. Der Spiritus, der jetzt auch die ostdeutsche Spiritusfabrik geschluckt hat, geht Hand in Hand mit dem ebenfalls auf Preiserhöhung zielenden Kartoffelring. Auch auf diesem Gebiete vernichtet die Konzentration des Kapitals rücksichtslos alles, was sich ihr entgegenstellt. In rücksichtsloser Weise wird die Qualität der Kartoffeln, dieses wichtigsten Volksnahrungsmittel künstlich verschlechtert. Es ist ein Skandal, was für Kartoffeln schon heute als Exportartikeln auf den Markt gebracht werden! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokr.) Die Herren Mittelstandspolitiker vom Range suchen durch Errichtung großer Filialen den Kleinhandel mit Kartoffeln zu verdrängen. Das sind die Herren Mittelstandsfreunde, die ihre Kerntuppen bei den Wahlen aus dem Kleinhandlertum nehmen. Unsere Anträge wollen Ihnen zeigen, daß wenigstens die das Volk in ungerechter Weise belastenden Steuern auf Lebensmittel sich bei Gelegenheit dieses Zolltarifs beseitigen lassen. Wer die Trunksucht ernsthaft bekämpfen will, der bekämpfe die übermäßige Ausbeutung des Proletariats, der Sorge für Einführung des Achtstundentags! Heute noch kann sich freilich das Centrum alles erlauben! Es wächst aber eine neue Generation, die etwas mehr denken gelernt hat, als die, auf die Sie sich augenblicklich stützen! Diese neue Generation hat von Jugend auf gelernt, daß es Sozialdemokraten giebt. So lange die Mehrheit auf Kosten der Armen eine Liebesgabenpolitik betreibt, so lange brauchen wir die Hoffnung noch nicht aufzugeben, daß die Nacht endlich vor dem glänzenden Morgenroth der Sozialdemokratie weichen werde. (Lebh. Beifall b. d. Soziald.)

Damit schließt die Diskussion.

Der Antrag Wurm wird mit 203 gegen 43 Stimmen abgelehnt.

Präs. Graf v. Helldorf theilt mit, daß ein Antrag von Klenow (SD.) eingegangen ist, wonach die Getreidezölle vom Bundesrath aufzuheben sind, wenn der Preis der einzelnen Getreidearten eine bestimmte Maximalsumme erreicht.

Auf Vorschlag des Präsidenten vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 12 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Vom Ruchhandel. Die Verständigung zwischen dem Reichskanzler und den Mehrheitsparteien in Sachen des Zolltarifs scheint nunmehr thatsächlich gesichert zu sein. Wie eine parlamentarische Korrespondenz meldet, ist die Regierung für eine Erhöhung des Mindestzolls für Gerste von 3 auf 4 Mark, sofern es sich um Braugerste handelt, wogegen der Mindestzoll für Futtergerste überhaupt in Fortfall kommt. Für Futtergerste soll der Tarifzoll gleich dem Weiszoll auf 4 Mark festgelegt werden. Durch dieses Zugeständnis bei der Braugerste ist die Zentrumspartei für die Regierungsvorlage gewonnen. Da die Nationalliberalen von vornherein für die Regierungsvorlage eingetreten sind und ein Anschluß der Gruppen der Deutsch-Hannoveraner, Polen und Elsäßer sowie einiger Antiksemiten an das Kompromiß erwartet wird, auch die Freikonservativen demselben geneigt sein sollen, so rechnet man auf eine Mehrheit von 220 Stimmen, auch wenn die Deutschkonservativen sich mit ihren sechzig Stimmen nicht anschließen. Die Deutschkonservativen verhalten sich noch ablehnend und verlangen mindestens die Ermäßigung der Eisenzölle. Dagegen aber sind die Nationalliberalen. Abgesehen hiervon sind die Kompromißparteien noch nicht im Klaren darüber, wie es formell möglich ist, die 938 noch rüchständigen Tarifpositionen bis Juni in zwei Beratungen durchzuberaufen. — Selbst wenn also der Ruchhandel völlig perfekt werden sollte, drohen dem Zollschiff immer noch der Klippen gar viele, an denen es scheitern kann.

Juden als Juntergenossen und Junker als Judengenossen. Die „Frankfurter Zeitung“ theilt mit, wer der Verfasser derjenigen Broschüre ist, für welche in dem von uns und der gesamten sozialdemokratischen Presse am Sonntag veröffentlichten Anruf gesammelt wird. Der Herr, für dessen Broschüre sich die Herren Graf Arnim, der Bäcklerfreund v. Massow, Abg. Jacobskötter, Graf zu Zinn und Kappphausen um Absch bettelnd bemühen, zeichnet auf den Broschüren mit dem bescheidenen Namen H. Bürger. Dieser wenig auffallende Ausdruck ist aber nur ein Pseudonym für den bekannten, der mosaischen Religion angehörnden Agitator der Freisinnigen Volkspartei, Heinrich Frankel, den Verfasser der „geistvollen“ Broschüre, daß das Stattpiel den Charakter verdirbt. Man weiß nicht, man man niedriger einschätzen soll, den „freisinnigen“ Semiten, der für die antimosaischen Junker schreibt, oder die Junker, welche sich von dem freisinnig jüdischen Autor die Waffen zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie leihen, nachher aber die Sozialdemokraten als die Juden und Judengenossen bezeichnen. Herr von Massow und Frankel — Arnim in Arm! Das wird ein Schauspiel für Götter werden. Gleich und gleich gesellt sich gern!

Ein sozialpolitisch bedeutsamer Antrag ist vom Verbands der Baugeschäfte Berlins gestellt worden. Der Verband will den Bund der Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe veranlassen, bei den zuständigen Behörden um Anerkennung der Tarifgemeinschaften im Baugewerbe zu petitionieren. Bei Subventionen sollen an allen Orten, wo Verträge zwischen den Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter geschlossen sind, für die Dauer dieser Verträge die vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu Grunde gelegt und die außerhalb der Verträge stehenden Arbeitgeber von der Werbung ausgeschlossen werden.

Zu dem schneidigen Vorgehen der Berliner Staatsanwaltschaft gegen den „Bormius“ aus Anlaß des Krupp-artikels bemerken sogar die gut nationalliberalen „Wand. Neue. Nachr.“:

„Wollte der Staatsanwalt sein Einschreiten damit motiviert wissen, daß der Angriff auf den Ruf eines Mannes, der als Leiter eines unserer gewaltigsten, in gewissem Sinne patriotischen Zwecken dienenden Unternehmens, als der Arbeitgeber einer vieltausendköpfigen Arbeiterarmee unzählige Beziehungen und Grenzen mit der ihnen eng verknüpft hat, geeignet scheint, weithin Narache und Verwirrung zu bringen, so müßte gegen diese Motivierung entgegen der Proteste ergelegt werden. Es wäre damit ein Präzedenzfall geschaffen, der zu den unheilvollen Konsequenzen, zur ich werthen Erschütterung des Grundgesetzes von der Gleichheit Aller vor dem Gesetz führen könnte und an sich schon den Argwohn erwecken und fördern muß, daß der Staat nicht Gerechtigkeit für Alle will, sondern Klassenjustiz treibt. Es scheint also die Frage nach dem Inhalt des inframittierten Artikels, über den ja das nun anhängige Verfahren die Wahrheit ans Licht bringen wird, vollständig aus gegenüber der Frage, wie das Vorgehen des Staatsanwalts sich mit den fundamentalen Grundgesetzen des modernen Justizwesens vereinigen lasse.“

Die Eröffnung des Landtags Krupp fand Montag Morgen auf Villa Hügel statt. Die Fortführung des Werkes in der bisherigen Form ist gewährleistet. Frau Krupp ist Universal-erbin, eine Umwandlung der Firma in eine Aktiengesellschaft nicht statthaft. Die Vorgesetzten, das Direktorium Krupp beabsichtigt die Erwerbung der Schwablosch'schen Maschinenfabrik in Berlin und der Hartmann'schen Fabrik in Chemnitz, wie sicher verläßt, völlig erloschen.

Gegen die Arbeitslosigkeit. Auf die vom Reichstag zum Reichshaushalt für 1902 gefasste Resolution über die gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zu treffenden Beschäftigungseinrichtungen hat der Bundesrat beschlossene: den Reichskanzler zu ersuchen, durch das Kaiserliche Statthalteramt zu lassen, welche Einrichtungen bezüglich der Beschäftigung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit bisher getroffen und welche Ergebnisse dadurch erzielt worden sind, hierdurch aber diese Resolution für erledigt zu erklären. Der Staatssekretär Graf v. Posadowsky hat infolge dessen des Statthalteramt beantragt, das zur Ausführung des Beschlusses Erforderliche zu veranlassen. Dabei ist bemerkt worden, es sei davon auszugehen, daß bei den Einrichtungen, welche die Beseitigung einer Beschäftigung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit bilden, insbesondere auch die gewöhnlichen Arbeitsnachweise öffentlichen und privaten Verbände zu räumen sind. Demnach werden die Einrichtungen der gegenwärtigen Lage der arbeitslosen Arbeiter innerhalb des Deutschen Reichs zu untersuchen haben. Was die Einrichtungen zur Beschäftigung gegen Arbeitslosigkeit im eigenen Sinne betrifft, so werden

auch die im Auslande getroffenen Maßnahmen insoweit zu berücksichtigen sein, als sie aus der Literatur bekannt sind und für die inländischen Verhältnisse besonderes Interesse bieten.

Vorgehen gegen Venezuela. Die „Frei. Btg.“ meldet aus Newyork: Deutschland und Großbritannien sondierten wegen eines Vorgehens in Venezuela. Die amerikanische Regierung erklärte, sie könne andere amerikanische Staaten nicht gegen die Folgen ihrer falschen Politik dem Auslande gegenüber schützen, würde indessen die permanente Besitzergreifung amerikanischer Gebiete nicht als freundschaftliche Handlung ansehen. Deutschland handelte am vernünftigsten, wenn es von jeder Aktion gegen Venezuela Abstand nähme. Durch jede Einmischung in die venezolanischen Wirren würde die politische Situation in Venezuela nur verwickelter und der deutsche Handel und die deutschen Eisenbahnaktionäre erlitten nur eine größere Schädigung. Jede ernsthafte Einmischung in die politischen Verhältnisse des Landes würde zudem von Amerika, wie ja auch von der Meldung der „Frei. Btg.“ hervorgeht, als eine Verletzung der Monroe-doktrin aufgefaßt werden. Man begnüge sich also mit dem wohlthätigen Erfolg gegen Haiti.

Das Urtheil im Prozeß Büdler. Der Prozeß gegen den Grafen Büdler vor der Strafkammer in Berlin ist Dienstag nicht ganz zu Ende geführt worden. Es soll über den einen Punkt der Anklage, Beleidigung von Beamten durch den Satz: „Unsere Behörden laufen wie toll und verirrt hinter den Juden her“, in einem späteren Termin noch neuer Beweis erhoben werden. Im Uebrigen wurde der gerichtliche Jügendrecher wegen Beleidigung des Sanitätsrathes Dr. Neumann in Glogau zu 300 Mark Geldstrafe und wegen Anreizung zu Gewaltthätigkeiten in zwei Fällen zu 700 Mark verurtheilt. Der Angeklagte Weber erhielt 100 Mark Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Der Vorsitzende führte bei der Urtheilsverkündung aus, daß viele Sätze in Büdler's Reden nur „bildlich“ zu nehmen seien und dazu komme, daß die Rede auch „tiefes Goldvertrauen“, „Glauben an die christliche Religion und hohen patriotischen Sinn“ bekunde. Bildlich sei namentlich der Satz zu verstehen: „Die Judenkarle müssen überall zerhackt werden.“ Der Staatsanwalt hatte bekanntlich ein Jahr Gefängniß und sofortige Verhaftung beantragt. — Inzwischen ist wieder eine neue Klage gegen den Grafen „reife“ geworden. Bei dem Glogauer Landgericht schwebt nämlich gegen den Grafen Büdler abermals ein Verfahren wegen Anreizung zu Gewaltthätigkeiten, begangen durch eine Rede, die der Graf Büdler in Klein Lichtene gehalten hat.

Ein theures Hoch. Die Bekundung sozialdemokratischer Gesinnungen in Verbindung mit Achtungsverletzung und Gehorsamsverweigerung brachte dem Füsilier Binder vom Pomm. Füsilier-Regiment Nr. 34 in Bromberg ein Jahr und fünf Monate Gefängniß ein. Er war, nach der „Frankf. Btg.“, eines Abends angezogen in seine Stube gekommen und konnte nur mit Gewalt ins Bett gebracht werden. Hierbei forderte er zu einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie auf und brachte es auch selbst aus. Seine Entschuldigung, er sei total betrunken gewesen, ließ das Kriegsgericht nicht gelten.

Kleine politische Nachrichten. Im 18. Hannoverischen Wahlkreise (Stade) wird bei der kommenden Wahl wiederum Dr. Sattler als national-liberaler Kandidat aufgestellt werden. — Die Ernennung des Reichsgerichtsrathes Wildner zum bayerischen Justizminister ist am Dienstag vollzogen worden. In den allernächsten Tagen wird der Reichsanwalt seine Verabschiedung aus dem Reichsdienste veröffentlichen, worauf dann bayerischerseits sofort die Bekanntgabe seiner Ernennung als Nachfolger Leonard's, der Erzherzog „Dehnbauer“, erfolgt. — Als Bürgermeister von Berlin ist der ehemalige Kommissar Dr. Reiche in Aussicht genommen. Er hat wegen seiner literarischen Thätigkeit und seiner Theilnahme am Goethebund vor einigen Jahren die Stelle als Justiziar beim Kommissorium aufgegeben und ist vom Reichskanzler ins Reichsverkehrsamt übernommen worden. — Die japanischen Truppen trieben die auständischen im Norden Siam's gänzlich auseinander.

Dänemark.

Wählbarkeit der isländischen Frauen. Das isländische Volk hat ein Gesetz über die Wählbarkeit der Frauen angenommen, das jetzt vom dänischen König bestätigt worden ist. Danach können Wittwen und unverheiratete Frauen in den Ämtern, den Bezirksvorstand, Stadtrath, Kreisparlath sowie als Gemeindevorsteher unter derselben Bedingungen, die für die Wählbarkeit der Männer festgesetzt sind, gewählt werden. Sie haben jedoch das Recht, die Wahl abzulehnen.

Frankreich.

Zum Bergarbeiterstreik. Die Vertreter der Bergarbeiter und der Mieneigenschaften des Loire-Beckens konnten sich nicht einigen. Sie übertragen den Schiedspruch auf den Präsidenten des Kassationshofs Ballot-Beaupre.

Vereinigte Staaten.

Die Verfolgungen, denen die Gewerkschaften im klassischen Lande des Trades Unionismus, in England, in der letzten Zeit ausgesetzt waren, sind nicht ohne Einfluß auf die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten geblieben. Es wachen sich dort allenthalben Versuche bemerkbar, der gewerkschaftlichen Bewegung Schaden anzulügen. So ist bald zur Zeit das Parlament des Staates Massachusetts einen Gesetzentwurf, wonach die Gewerkschaften inforporirt werden, das heißt die Rechte einer juristischen Person erhalten sollen. Dieses „Recht“ würde die Traps und großen Unternehmungskonglomerate in die angenehme Lage bringen, die Gewerkschaften im Falle eines Streiks für den dadurch erlittenen Schaden haftbar zu machen. Es wäre den Unternehmern auch ein leichtes, die Klassen der Gewerkschaften und damit diese selbst vollkommen zu ruinieren.

Präsident Roosevelt hat am Sonntag in Philadelphia wieder eine Rede über die Traps gehalten, in welcher er aber immer vorsichtiger in der Androhung von Maßnahmen gegen dieselben wird. Der Präsident brüht nur die Zuversicht aus, daß es gelingen werde, einen Weg zu finden zur Lösung der Frage der Anreizung einer Oberaufsicht

des Staates über industrielle Vereinigungen. Gleichzeitig versichert er aber den Traps, daß nicht etwa rüchichtslos und übereilt vorgegangen werden solle. Die Frage der Tarifrevision hat der Präsident in der Rede überhaupt nicht berührt.

Kuba.

Tumultuariöse Kundgebungen, die zu Blutvergießen führten, haben Montag in Havana stattgefunden. Ein Streik der Zigarrenmacher gab Veranlassung zu anti-amerikanischen Demonstrationen. In der amerikanischen Gesandtschaft wurden die Fenster eingeworfen, und der Gesandte drohte, amerikanisches Militär auszubieten. Schließlich stellte die Polizei die Ruhe wieder her; ein Hauptmann und drei Streikende wurden dabei getödtet, viele Personen verwundet. Eine weitere Meldung aus Havana besagt: Bei den Unruhen infolge der Auslandsbewegung sind 82 Personen verletzt worden, darunter fünf schwer. Unter den Verletzten befinden sich neun Polizisten. Der Staatssekretär des Auswärtigen Tamayo, der offenkundig mit den Ausständigen sympathisirt, hat seine Entlassung eingereicht. Präsident Palma wird dieselbe jedoch nicht annehmen, bis der Ausstand beigelegt ist.

Argentinien.

Ueber Buenos Aires wurde wegen der wachsenden Streikbewegung der Belagerungszustand verhängt.

Ostasien.

Russische Pläne in China. Eine wichtige Nachricht geht dem Londoner „Standard“ zu. Danach ist eine Zweigbahn im Bau begriffen und fast der Vollendung nahe, die von der mandchurischen Sektion der sibirischen Eisenbahn durch das östliche Gobi nach dem Kalganthor der großen Mauer geht. Das Kalganthor ist etwa 100 englische Meilen von Peking entfernt. Man hat danach jetzt also einen einfacheren und erfolgreicherem kurzen Weg zur chinesischen Hauptstadt entdeckt, als den über Port Arthur und Dairen. Die Linie, die der betreffende Gewährsmann des „Standard“ befehligt hat, geht in südwestlicher Richtung und durchschneidet die ausgedehnten Ebenen oder die kaiserlichen Pflandebenen, die östlich des Gebirgszuges von Konzan gelegen sind. Augenscheinlich hat man diese Strecke gewählt, weil das Land flach ist und wenig Hindernisse bietet. Das Projekt ist offenbar im Anschluß an das englisch-russische Abkommen durchgeführt worden, welches Rußland jenseits der großen Mauer freie Hand läßt. Natürlich wird durch den Bau dieser Bahn der Einfluß Rußlands auf Nordchina bedeutend verstärkt. — Die Nachricht bestätigt lediglich die Annahme derer, die bereits vor Jahren betonten, daß es Rußland nicht nur um die Mandchurei, sondern auch um die Herrschaft in der Provinz Petchili zu thun sei.

China.

Erhebliche Zwistigkeiten scheinen zwischen den fremden Truppen in Peking zu herrschen. Ein österreicher Matrose, der Polizeidienste that, tödtete nach einer „Reuter“-Meldung aus Peking vom Montag durch einen Schuß einen angetrunkenen italienischen Matrosen, der sich der Festnahme widersetzte. Um Zusammenstöße zu vermeiden, dürfen die österreichischen und italienischen Truppen die Kasernen nicht verlassen. — Es wäre ja auch ein erbauliches Schauspiel für die Chinesen, wenn sich die Mittern des heiligen Krieges vor ihren Augen gegenseitig maffakirteten! Eine andere Meldung stellt übrigens den Vorfall wie folgt dar: Ein als Polizist fungirender deutscher Soldat tödtete einen vertheidener Verbrecher beschuldigten italienischen Matrosen, welcher sich seiner Verhaftung widersetzte. Infolge dieses Vorfalles sind die Truppen beider Nationen in ihren Kasernen konfignirt.

Wand. Neue. Nachr.

Mittwoch, den 26. November 1902.

Die letzte Bürgerschaftsversammlung gestaltete sich ausnahmsweise einmal wieder zu einer äußerst interessanten; wurden dort doch speziell bei zwei Senatsanträgen heftige Redeschlachten geschlagen. Als wir saßen, wie so manches Bürgerschaftsmitglied sich im Schweigen seines Angesichts abmühte, eine rhetorische Leistung zu vollbringen, da legten wir uns unwillkürlich die Frage vor: Warum diese Mühe? Wie kommt es, daß Leute, die sonst dem Senat kein Wasserlein trüben, jetzt plötzlich in gerechter Entrüstung die Handlungen des Senats kritisiren und zwar mit Worten, die man sonst wohl bei „berufsmäßigen Hebern“, nicht aber bei lammfremden Bürgerschaftsmitgliedern angewandt findet? Die Antwort auf diese Fragen ist sehr leicht zu finden, wenn man sich vergegenwärtigt, daß im nächsten Jahre die Bürgerschaft wählen vor der Thür stehen und so manchen „Bolkstribun“ ängstlich um seinen schönen warmen Bürgerschaftsitz zittert. Es ist eben die Furcht vor den Wahlen, die jene Herren zum Reden zwingt! Von diesem Gesichtspunkte aus muß der geneigte Leser die Reden der Herren betrachten.

Das Hauptinteresse der Verhandlungen dürfte wohl der 1. Tagesordnungspunkt, Verklärung der Ausgaben seitens des Staatsbudgets, ermeden. Bot sich hier doch der Hebern Gelegenheit, unsere Finanzverhältnisse streifen zu können. Als erster Redner trat Herr Buchwald auf den Plan, der in leider nur allzu verblümmter Weise darauf hinwies, daß bei den sachlichen Kosten von den Reserven im mer kräftig darauf losgewirkt wird. Zu unserem größten Leidwesen hielt Herr Herr mit den Beweisen hierfür hinter dem Busche. Wir können dieses Verhalten nicht verstehen; wenn einer Bürgerschaftsmitglied bekannt ist, daß man sich bei einzelnen Behörden gar nicht um unsere traurigen finanziellen Verhältnisse kümmert, sondern aus dem großen Geldbeutel des Staates immer nur im Vollen schöpft, dann ist es seine Pflicht, diese Mißstände an das Licht der Deffentlichkeit zu ziehen. Ist aber dieses Mitglied sogar im Besitz von Beweisen und versteckt sich dann noch hinter einige dunkeln Redewendungen, dann können wir ein solches Verhalten nur als eine Pflichtverletzung bezeichnen. Im Uebrigen sind wir der Meinung, daß die Angriffe des Herrn Buchwald doch wohl nicht jeglicher Grundlage entbehren, da sonst seitens des Senats Dr. Schenckburg eine weitaus schärfere Zurückweisung dieser Angriffe hätte erfolgen müssen, insbesondere, da Herr Buchwald, daß er zum Beweise für seine Behauptungen eine so drastische Beispiele anführen könne. — Die steuertechischen Ausführungen des Herrn Buchwald un-

anderer Redner dürften von der Bevölkerung wohl nur mit sehr gemäßigten Gefühlen aufgenommen werden. Trotzdem Herr Dr. Görz zur Verhütung der Steuerzahler Abwinklungsversuche unternahm, kann man es wohl heute schon als ziemlich feststehend bezeichnen, daß der arbeitenden Bevölkerung Lübeck bereits im nächsten Jahre neue Steuerlasten auferlegt werden. Was man nun zunächst zur Einkommensteuer einführen oder neue Steuern „erfinden“: das werththätige Volk muß ständig die Suppe auslöffeln, die am Staatsruder befindliche Personen ihnen eingebracht haben. Das ist eben auch ein Zug der Zeit! Hier kann nur dadurch Abhilfe geschafft werden, daß man der Forderung der Sozialdemokratie auf Einführung einer Vermögenssteuer und einer stärkeren Besteuerung der großen Einkommen entspricht. Dann würde man ein gerechtes, auf gesunder Grundlage aufgebautes Steuersystem besitzen, das gleichzeitig dem Volke ein Ende bereiten könnte.

Eine längere, theilweise erregte Debatte, rief der Senatsantrag auf anderweitige Gehaltsfestsetzung für den Direktor der Gewerbe- und Baugewerkschule hervor. Dieser Herr glaubt, der Bürgerschaft einfach die Pistole auf die Brust setzen zu können, indem er erklärt: Entweder ihr gewährt mir Gehaltszulage oder ich gehe! Hier fragt es sich nun, ob denn das Gehalt jenes Herrn wirklich ein so kümmerliches ist, daß er damit nicht auskommen kann. Das Anfangsgehalt des Direktors betrug vor der Regulierung des Besoldungsersatzes 6300 Mark, nach Festsetzung des Letzteren wurde es um 500 Mark erhöht, sodas dieser Posten also mit 6800 Mark jährlich honorirt wird. Mit diesen lumpigen paar Tausend Mark konnte der Herr aber nicht auskommen, denn nach einigen Monaten drohte er mit dem Streik, falls man ihm nicht tausend Mark mehr geben würde. Die Oberschulbehörde und der Senat aber waren so entzückt von dem Herrn Direktor Jenjen, daß sie diese Forderung unterstützten. Zu ihrem Verdruß lehnte jedoch der Bürgerausschuß einen diesbezüglichen Antrag ab. Man ließ aber den Muth nicht sinken und gab sich der Hoffnung hin, daß es bei einem zweiten Anlauf schon „schlumpfen“ würde. Doch der Bürgerausschuß setzte sich beim zweiten Anlauf anfangs auf die Hinterbeine; er überwies zunächst den Senatsantrag einer Kommission und diese strich 300 Mark. Erstreut über diesen glücklichen Ausweg, stimmte der Bürgerausschuß und auch der Senat diesem Vorschlag zu; sie warfen damit das Werk, das sie zum Beginn dieses Jahres in Gestalt des Beamtenbesoldungsersatzes aufgebaut hatten, einfach wieder über den Haufen und erkannten damit auch gleichzeitig an, daß bei jenem Etat nur halbe Arbeit geliefert worden ist. Nun hatte noch die Bürgerschaft die Entscheidung zu fällen. Um den zu erweiternden warnenden Rathe des Ausschusses von vorne herein die Spitze abzubreaken, stellte Dr. Ziehl einen Antrag auf Ablehnung des Senatsantrages und Gewährung einer persönlichen Zulage von 1500 Mark. Damit war der Besoldungsersatz nicht durchbrochen worden und der hungernde und durstende Direktor bekam jetzt trotzdem sogar eine Zulage von 1500 Mark. Dieser Antrag fand denn auch, nachdem sich der Senat damit einverstanden erklärt hatte, Annahme. Alle schönen Reden der Lehrer gegen die Erhöhung waren vergebens; sie fruchteten ebensowenig, wie der Demonstrationsantrag Bödeker's auf Regulierung der Gehaltsfrage des Schulrathes, der vor der Abstimmung schließlich wieder zurückgezogen wurde. Erwähnt sei noch der Aeußerungen des Herrn Dr. Ziehl, der dem Senat Kopfschütteln vorwarf, der aber selbst komischerweise durch Stellung seines Antrages mit dazu beitrug, daß die Wünsche des Direktors in Erfüllung gingen. Daß das konsequent gehandelt war, müssen wir sehr stark bezweifeln. — Durch Annahme des Antrages Ziehl ist unseres Erachtens bewiesen worden, daß unsere Bürgerschaft der weit verbreiteten Auffassung, es herrsche in Lübeck eine Klügelwirtschaft, nicht entgegen treten will. Man gewährt Beamten, die nach Meinung von eingeweihten Leuten sehr leicht ersetzt werden können, erhebliche persönliche Zulagen, weil sie sonst Lübeck verlassen wollen. Diese Willkürigkeit gegenüber höheren Beamten steht wohl einzig da. Es wird hohe Zeit, daß mit dieser Klügelwirtschaft, die trotz aller „oppositionellen“ Reden ansehnend bei uns herrscht, gebrochen wird; mit anderen Worten: Daß Sozialdemokraten in die Bürgerschaft einwandeln werden.

Die übrigen Tagesordnungspunkte wurden theils ohne, theils nach unwesentlicher Debatte erledigt, sodas kurz vor 1 1/2 Uhr Schluß der Sitzung erfolgen konnte. Der letzte Punkt: „Erlaß einer Bauordnung“ wurde bis zum 3. Dezember vertagt.

Aus den Kreisen der hiesigen Eisenbahn-Beamten ist uns folgende Zuschrift zugegangen: „Am Montag hat die Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn durch die hiesigen Dienststellenvorsteher die Beamten auffordern lassen, die Wohnungsmiethen aufzugeben. Bei dieser Gelegenheit kam wieder so recht zum Vorschein, welche hohen Miethen jeder einzelne, um nur eine bescheidene Wohnung zu haben, zahlen muß. Der Durchschnittspreis betrug ca. 400 Mk. Man geht jetzt wohl nicht mehr fehl, wenn man annimmt, daß die Ortszulagen, die bis dahin für die Stations-, Bureau- und Abfertigungsbeamten je nach ihrer Rangklasse 150, 180 und 210 Mk. betragen, endlich auf mindestens 250, 280 und 310 Mk. erhöht werden. Außerdem dürfen die Beamten, weil die Direktion jetzt den guten Willen zeigt, etwas für sie zu thun, wohl auch bestimmt damit rechnen, daß ihr pensionsfähiges Anfangsgehalt um mindestens 100 Mk. aufgebessert wird. Was die alle 3 Jahre zu erwartenden Alterszulagen anbetrifft, so sind die noch aus grauer Zeit und daher auch dringend reformbedürftig.“

Der 8 Uhr-Adenßchlus ist aufgehoben! Jedenfalls infolge der 1. St. von uns mitgetheilten Urtheile des Schöffengerichts und der Strafkammer ist der 8 Uhr-Adenßchlus nunmehr seitens des Senatsausschusses für Gewerbe- und Versicherungswesen vom gestrigen Tage ab aufgehoben worden. Die Verkaufsstellen dürfen also jetzt bis 9 Uhr Abends und zwischen 5 und 7 Uhr Morgens geöffnet sein. Ohne Frage wird jetzt so bald wie möglich eine neue Abstimmung, die allen gesetzlichen Anforderungen genügt, erfolgen, damit dann eine gesetzlich gültige Verordnung, betr. den 8 Uhr-Adenßchlus herbeigeführt werden kann. Die Geschäftsinhaber haben am gestrigen Abend mit vereinzelten Ausnahmen wie gewöhnlich um 8 Uhr geschlossen. — Wir möchten im Interesse der in hiesigen Geschäften angestellten Verkäufer, Ladenmädchen, Hausdiener u. an unsere Leser die Aufforderung richten, trotz der Aufhebung der Verordnung nach wie vor ihre Einkäufe vor 8 Uhr Abends zu bewerkstelligen, damit die Geschäftsinhaber wie bisher um 8 Uhr schließen können!

Litterarische Gesellschaft, Lübecker Besessenenabend von 1890. Unermüdet ist der Lübecker Besessenenabend von 1890, eine Gesellschaft junger Kaufleute und Literarier, beflissen, das Lübecker Publikum, soweit es der Litteratur Interesse entgegenbringt, mit Dichtern und Schriftstellern der Gegenwart bekannt zu machen. Leider

findet dieses so löbliche Streben der Litteraturfreudigen Herren bei Weitem nicht die verdiente Anerkennung. Sogar Ludwig Fulda, der erfolgsgekürzte Dichter des Märchendramas „Lalüman“ sowie der erst jüngst in Lübeck mit bestem Erfolg aufgeführten „Zwillingschweizer“ — Fulda, der Dichter vom „Berlorenen Paradies“ und vielen anderen ansprechenden Sachen und Sächelchen, auch er hatte nicht vermocht, am Dienstag Abend den großen Kasinoaal zu füllen; wohl die Hälfte der Stühle blieb unbesetzt. Dieser an sich beklagenswerthe Umstand nimmt uns um so mehr Wunder, als doch gerade Fulda der Dichter des behäbigen Bürgerthums par excellence ist. Nie hätten wir geglaubt, daß gerade Lübeck einen so geringen Resonanzboden für derartige Vorlesungen abgeben würde! Ludwig Fulda ist bekanntlich sehr vielseitig: er ist ein beachtenswerther Dramatiker, ein formvollendeter Liebeserzähler, ein ansprechender Lyriker und ein humorvoller Erzähler. Am Dienstag Abend, wo der Frankfurter Dichter uns Lübeckern „Ernstes und Heiteres“ aus seinen Dichtungen vorlas, lernten wir ihn nur als Erzähler und Lyriker kennen, die Dramen ließ er ganz beiseite. Gleich die zuerst vorgetragene Novelle „Der Belä beim Kärchner“ schlug gut ein. Es ist die Geschichte einer Ehe in Briefen, die zwischen dem Professor der Naturwissenschaften Wiegand in Berlin, seiner von ihm getrennt lebenden Frau in Freiburg i. B. sowie seinem Freunde Dr. Straub gewechselt werden. Die humorvolle Novelle zeugt von einer liebevollen Beobachtung des Lebens. Wer übrigens Verlangen trägt, sie kennen zu lernen, mag sie in der „Wochens“ nachlesen, wo sie jüngst zum Abdruck gelangt ist. Schallende Heiterkeit erregte die weiter vorgetragene Humoreske „Zufall!“, auch hier handelt es sich um eine Ehegeschichte, in der aber alles zufällig geschieht. Ein mikroscopisches Stäubchen in der Uhr des Helden der Erzählung reparirt den Schaden wieder, den einstmal's seine engen Stiefel angerichtet haben. Der „reparierte Schaden“ besteht nämlich darin, daß die Gattin des Helden mit dem Freunde und ehemaligen Mithemerber nach Amerika durchreist. Von den Gedichten sprachen am meisten an: „Das erste Mal“ — ein Gymnasial hat den Arm gebrochen und sieht sich in dem Berichte der Zeitungen zum ersten Male gedruckt — und „Die zenlurte Schöpfung“. Mit Witz und Satire macht sich Fulda in diesem letzten Gedicht über verschiedene preussische Jesuitische Lurige. Wie es meist bei Dichtern der Fall ist, so las auch Fulda ohne besondere Aufmerksamkeit; es ließ fast alles in demselben Tonfall von der Wulst. Lediglich bei der „zensurten Schöpfung“ gelang es ihm ziemlich glücklich, den Lou Schnarrender preussischer Schneidigkeit nachzuahmen. Das Publikum nahm den Dichter überaus freundlich auf und hielt mit Beifallsäußerungen nicht zurück, so daß die Vorlesung, alles in allem genommen, recht anregend für Dichter und Zuhörer verlief.

Der Stellvertreter. Am Montag gelangte vor dem hiesigen Schwurgericht ein Fall zur Verhandlung, der eines gewissen komischen Weisheitsmaßes nicht entbehrt. Es hatte sich nämlich der Arbeiter Bagels, der häufig verurtheilt ist, wegen Unfahrschuldigung zu verantworten. Wie unseren Lesern wohl noch in Erinnerung sein dürfte, wurde im Mai d. J. der Bäckermeister Friedrich aus Rensfeld, der nach Amerika emigriert sein soll, wegen Körperverletzung zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt. Er hatte aber keine Lust, während der schönen Sommerzeit hinter schwedischen Gardinen zu hausen; deshalb suchte und fand er in dem Angeklagten Bagels, der arbeitslos war, einen Stellvertreter, der für ihn die zwei Monate abzurufen sollte. Der Lohn für diesen Liebesdienst betrug 10 Mk. B. reiste dann nach Genu und meldete sich als Bäckermeister Friedrich zur Verbüßung der Strafe im dortigen Gefängnis. Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen. Der Schwindel wurde sofort durch einen Zufall entdeckt und B. in Untersuchungshaft genommen. Friedrich, der sich 1. St. nach Thüringen gewandt hatte, floh jetzt nach Amerika. Sein Stellvertreter mußte jedoch vor den Geschworenen erscheinen. Nachdem diese die Schuldfrage bejaht hatten, erkannte das Gericht auf fünf Monate Gefängnis, welche Strafe durch die sechsmonatige Untersuchungshaft als verbüßt gilt. So endere die Stellvertreterchaft für den einen der Beiheligen! Und der Anführer? Wird auch den noch einmal die Dame Justitia unfaßt in ihre Arme drücken?

Ein Drama vor dem Schwurgericht. Am gestrigen Tage stand der Arbeiter Rose aus Stockelsdorf unter der Anklage des Hausfriedensbruchs, der Bedrohung und des verjuchten Todtschlags vor den Geschworenen. Die Verhandlung entrollte ein geradezu trauriges Bild von dem Familienleben mancher Leute. Der Angeklagte, dem von seinem Arbeitgeber das Zeugniß eines ordentlichen und fleißigen Mannes ausgestellt wird, hat im Jahre 1888 die Tochter des Arbeiters Dender zu Stockelsdorf geheiratet; mehrere Kinder sind dieser Ehe entsprossen. Der Angeklagte soll nach Aussage mehrerer Zeugen anfangs in glücklicher Ehe mit seiner Frau gelebt haben, nach der unedlichen Angabe der Frau und der Schwiegereltern ist jedoch das Gegenteil der Fall. Schließlich zog der Angeklagte zu seinen Schwiegereltern, um diese zu unterstützen. Schon hier entstanden Streitigkeiten, bis schließlich die jungen Leute eine andere Wohnung bezogen. Im Frühjahr dieses Jahres kehrte nun der Bruder des Angeklagten aus Afrika zurück und zog zu den jungen Eheleuten, wo er ein antikes Verhältnis mit der Frau anknüpfte. Der Angeklagte kam dahinter und ließ sich in der Erregung dazu hinreißen, seine Frau zu schlagen und seinem Bruder das Haus zu verbieten. Jetzt kehrte die Frau zu ihren Schwiegereltern zurück und setzte hier den Umgang mit ihrem Schwager fort. Eines Tages kürzte nun der Angeklagte mit einem Knüttel in die Wohnung seiner Schwiegereltern hinein und soll hier die Anwesenden und speziell seine Frau mit Todtschlag bedroht haben. Der Aufforderung, sich zu entfernen, kam er nicht nach. Am 31. August warf er, als er seine Frau mit seinem Bruder in Hause seiner Schwiegereltern auf dem Sofa sitzen sah, einen Stein in das Zimmer, ohne jemand zu treffen. Eines Tages, als der Angeklagte gehört, daß seine Frau von seinem Bruder 10 Mark wöchentlich erhalte, stellte er sie dieserhalb zur Rede; sie gab ihm lachend eine gemeine Antwort. Hierdurch in maßlose Wuth versetzt, brachte er seine Frau, als sie am gleichen Nachmittag auf der Koppel mit ihm zusammentraf, mit einem Messer elf Stiche bei, die jedoch mehr oder minder un gefährlich waren. Nach vollbrachter That sorgte der Angeklagte dafür, daß sofort ärztliche Hilfe herbeigeholt wurde. Die Geschworenen bejahten die Hilfsfrage auf vorläufige gefährliche Körperverletzung. Hierauf wurde der Angeklagte, der sich nach unserer Meinung nur durch das verurtheilenswerthe Vorgehen seiner Frau zu der That hat hinreißen lassen, zu sechs Monaten Gefängnis, unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft, verurtheilt.

Die Herrenfähre hat am gestrigen Abend für immer ihre Betriebe eingestellt, nachdem nunmehr der Dammbau durch das alte Fahrwasser bei der Herrenfähre fertig gestellt und für den Verkehr freigegeben worden ist.

Ein Volks-Brausebad wird am heutigen Tage in dem vom Lübecker gemeinnützigen Bauverein errichteten Hause Ludwigstraße 75, Ecke der Stitenstraße, eröffnet. Wir können diesen Schritt mit Freuden begrüßen und nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß, da der Staat die Errichtung von billigen Brausebädern nicht für nöthig hält, seitens des genannten Vereins auf diesem Wege fortgeföhren wird.

Unter Bezugnahme auf unseren Bericht über die Verhaftung der hiesigen Strafkammer II gegen Herrn Jweryen ersucht Letzterer uns, mitzutheilen, daß er in seiner Eingabe an den Kaiser nicht geschrieben hat: „Ich flehe den Schutz an“, sondern: „Ich rufe den Schutz an“.

pb. Schwindel. Gegen eine wiederholt wegen Betruges vorbestraffte Ehefrau von hier wurde abermals Anzeige wegen desgleichen Vorgehens erstattet. Sie sucht unter Vorpiegelung falscher Thatfachen von mitleidigen Personen sich Unterstützungen zu verschaffen.

pb. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Nachwitz, der seitens der Grob. Amtsanwaltschaft in Neustadt i. M. wegen Unterschlagung stechbrieffich verfolgt wird.

Woißling. Volksversammlung. Die am Sonntagabend stattgefundene öffentliche Volksversammlung war verhältnismäßig gut besucht. In 1/2stündiger Rede sprach Genosse Th. Bartels über die bevorstehende Reichstagswahl und die Aufgaben der ländlichen Arbeiter zu derselben. Die Ausführungen des Referenten wurden beifällig aufgenommen; es wurde beschlossen, von jetzt an rühlig in die Wahlagitacion einzutreten; besonders unter den ländlichen Arbeitern. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Malente. Zur Gemeinderathswahl. Wie bereits gemeldet, ist es unseren Genossen bei der Gemeinderathswahl gelungen, von acht ihrerseits aufgestellten resp. unterstützten Kandidaten sechs zum Siege zu verhelfen. Zwar handelt es sich hier nur um zwei Genossen, die übrigen vier waren aber mit auf unsere Liste gestellt worden. Es erhielten Stimmen: Hüfner Bendfeld-Malente 243, Hüfner Böttger-Dimmendorf 200, Viertel-Hüfner Struck-Malente 194, Arbeiter Bahner-Malente 166, Hüfner Böbing-Malente 153 und Arbeiter Schönning-Krummsee 110 Stimmen. Die ferner auf unserer Liste verzeichneten Hüfner Koch- und Maurer Hüfner-Malente erhielten 103 resp. 102 Stimmen, ihre Gegner, Hüfner Blum-Kreuzfeld und Hotelbesitzer Köpcke-Malente dagegen 140 resp. 129 Stimmen. Unsere Malenter Genossen können auf ihren Erfolg stolz sein; möge er sie zu neuer Thätigkeit für die bevorstehenden Reichstagswahlen anspornen.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Wegen Falschmünzerei verurtheilte das Hamburger Schwurgericht den wegen des gleichen Delictes schon viermal mit zusammen 13 Jahren Zuchthaus vorbehafteten Photographen Schleisselmann zu 7 Jahren Zuchthaus und den übrigen Nebenstrafen. Er hatte 2-Markstücke angefertigt und davon 12 Stück umgekehrt. — Einem Rangierer in Wilhelmshurg wurden von einem Zuge beide Beine abgefahren. — Gestern Nachmittag traf der Postdampfer „Blücher“ der Hamburg-Amerika-Linie in Cuxhaven ein. Unter der Aufsicht zweier Kriminalbeamten landete auch der Einbrecher Schöo, der, an Händen und Füßen gefesselt, mit vergnügtem Gesicht zum Zuge führen ließ. — Der deutsche Schooner „Germania“, mit Kohlen von Cuxhaven hierher unterwegs, ist nach einer Cuxhavener Meldung auf Groß Vogelstrand gestrandet. Schlepper sind zur Hilfeleistung hinausgegangen. — Auf dem nur dünn besetzten Kanal zu Gütstrow brachen zwei Knaben ein. Während sich der eine von ihnen zu retten vermochte, ging der andere, Namens Franz Kruse, unter und ertrank. — Sonnabend Abend stellte sich das Dienstmädchen eines Schlachtermeisters in Bülow an den Ofen, um sich zu erwärmen. Hierbei geriet den Kleider des Mädchens in Brand, das trotz schneller Hilfe erhebliche Brandwunden im Rücken erlitt. — Durch das Großfeuer in Skavenhagen, das noch nicht gedämmt ist, sind bis jetzt 20 Familien obdachlos geworden. Man hofft, einer weiteren Verbreitung desselben vorbeugen zu können, indem man ein Haus niederriß.

Hamburg. Ein amüsanter polizeilicher Mißgriff ist von hier zu melden. Auf der Stadthausbrücke begegnete ein Kriminalbeamter einem Manne, der es sehr eilig zu haben schien und der den Beamten sehr verdächtig vorkam. Er glaubte eine Nechlichkeit mit einem stechbrieffich Verfolgten an ihm zu entdecken und sührte ihn ohne viel Federlesens nach dem Stadthaus, obwohl der Verdächtige wiederholt befandete, er sei Polizeibote in der und der Abtheilung im Stadthaus. Hier stellte sich alsbald die Wichtigkeit der Angabe des Stürten heraus, worauf der Kriminalbeamte sich bei seinem Polizeifollegen wegen des „Mißgriffs“ entschuldigte. — Wenn die Polizeibeamten sich gegenwärtig sühnen, arreiren, verhaften und mit „Mißgriffen“ behelligen, dagegen aber das Publikum in Ruhe lassen, dann wird dieses am allerwenigsten etwas gegen eine solche Polizeithätigkeit einzuwenden haben.

Neustadt i. S. Eine Partei-Konferenz für den 9. Schleswig-holsteinischen Wahlkreis fand am verfloffenen Sonntag im Lokale des Herrn Lange statt. Die Konferenz wurde nachmittags 3 Uhr vom Genossen Lienuu-Neumünster eröffnet mit folgender Tagesordnung: 1. Organisation und Agitation. 2. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. 3. Aufstellung eines Kandidaten für den 9. Kreis. 4. Wahl des Vorortes. Bertraten waren folgende Orte: Neustadt durch 4, Oldenburg 1, Brez 1, Segeberg 2, Stockelsdorf 1, Heiligenhafen 2 und Lübeck durch 2 Delegirte. Außerdem waren 2 Mitglieder der Agitations-Kommission aus Neumünster anwesend. Nachdem sich das Bureau gebildet hatte, referirte Genosse Lienuu über Organisation und Agitation; derselbe führte aus, daß die Wahlkreisleitung ihre Pflicht nicht gethan habe, indem sie die im Vorjahre gefassten Beschlüsse nicht zur Ausführung gebracht hätte; es heiße jetzt aber: Alles Veräumte nachholen. Die vorhandenen Organisationen müßten ausgebaut werden. Wo keine Organisationen vorhanden seien, müsse versucht werden, Verbindungspunkte anzuknüpfen; namentlich sei dieses auf dem Lande nothwendig, um die Arbeiter für unsere Ideen zu gewinnen. Redner ging dann das Näheren auf die letzte Kalenderverbreitung ein und führt einen Fall an der bemies, mit welchen Mitteln man es in einer kleinen Provinzstadt noch möglich gemacht habe, die Kalender aus den Häusern wieder herauszuholen. Redner unterzog die Thätigkeit der behördlichen Organe in diesem Falle der schärfsten Kritik. Zum Schluß forderte er alsdann die Genossen auf, ihre Pflicht zu thun, indem sie dafür Sorge tragen, daß die Partei auch finanziell gestärkt werde. In der darauf folgenden Diskussion sprachen noch Meyer-Heiligenhafen und Böög-Lübeck, worauf folgende Resolution angenommen wurde: Die heutige Konferenz des 9. Schleswig-holsteinischen Wahlkreises beauftragt die Ortskommission, Mittel und Wege zu finden, welche es ermöglichen, die Agitation in schnellster und energich-

Politische Rundschau.

Deutschland.

Vom Rohhandel. Die Verständigung zwischen dem Reichskanzler und den Mehrheitsparteien in Sachen des Rohhandels scheint nunmehr tatsächlich gesichert zu sein. Wie eine parlamentarische Korrespondenz meldet, ist die Regierung für eine Erhöhung des Mindestzolls für Brauergeste von 3 auf 4 Mark, sofern es sich um Brauergeste handelt, wogegen der Mindestzoll für Futtermittel überhaupt in Fortfall kommt. Für Futtermittel soll der Tarifzoll gleich dem Maiszoll auf 4 Mark festgesetzt werden. Durch dieses Zugeständnis bei der Brauergeste ist die Zentrumspartei für die Regierungsvorlage gewonnen. Da die Nationalliberalen von vornherein für die Regierungsvorlage eingetreten sind und ein Anschluß der Gruppen der Deutsch-Hannoveraner, Polen und Estländer sowie einiger Antisemiten an das Kompromiß erwartet wird, auch die Freikonservativen demselben geneigt sein sollen, so rechnet man auf eine Mehrheit von 220 Stimmen, auch wenn die Deutschkonfessionellen sich mit ihren sechzig Stimmen nicht anschließen. Die Deutschkonfessionellen verhalten sich noch ablehnend und verlangen mindestens die Ermäßigung der Eisenzölle. Dagegen aber sind die Nationalliberalen. Abgesehen hiervon sind die Kompromißparteien noch nicht im Klaren darüber, wie es formell möglich ist, die 988 noch rückständigen Tarifpositionen bis Juni in zwei Beratungen durchzubearbeiten. — Selbst wenn also der Rohhandel völlig perfekt werden sollte, drohen dem Zollschiff immer noch der Klippen gar viele, an denen es scheitern kann.

Juden als Jüngererossen und Junker als Jüngererossen. Die „Frankfurter Zeitung“ theilt mit, wer der Verfasser derjenigen Broschüre ist, für welche in dem von uns und der gesamten sozialdemokratischen Presse am Sonntag veröffentlichten Anruf gesammelt wird. Der Herr, für dessen Broschüre sich die Herren Graf Arnim, der Biedlerfreund v. Massow, Abg. Jacobstötter, Graf zu Inn- und Rapphausen und Abg. Bettelnd bemühen, zeichnet auf den Broschüren mit dem bezeichnenden Namen S. Bürger. Dieser wenig auffällende Ausdruck ist aber nur ein Pseudonym für den bekannten, der mosaischen Religion angehörenden Agitator der Freisinnigen Volkspartei, Heinrich Fränkel, den Verfasser der „geistvollen“ Broschüre, daß das Staatsspiel den Charakter verdirbt. Man weiß nicht, was man niedriger einschätzen soll, den „freisinnigen“ Semiten, der für die antijüdischen Junker schreibt, oder die Junker, welche sich von dem freisinnig-jüdischen Autor die Waffen zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie leihen, nachher aber die Sozialdemokraten als die Juden und Jüngererossen bezeichnen. Herr von Massow und Fränkel — Arm in Arm! Das wird ein Schauspiel für Götter werden. Gleich und gleich gesellt sich gern!

Ein sozialpolitischer bedenklicher Antrag ist vom Verband der Baugeschäfte Berlins gestellt worden. Der Verband will den Bund der Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe veranlassen, bei den zuständigen Behörden um Anerkennung der Tarifgemeinschaften im Baugewerbe zu petitionieren. Bei Submissionen sollen an allen Orten, wo Verträge zwischen den Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter geschlossen sind, für die Dauer dieser Verträge die vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu Grunde gelegt und die außerhalb der Koalitionen stehenden Arbeitgeber von der Werbung ausgeschlossen werden.

Da dem schneidigen Vorgehen der Berliner Staatsanwaltschaft gegen den „Vorwärts“ aus Anlaß des Kruppverfalls bemerkt werden mag die gut nationalliberalen „Mensch. Repert. Nachr.“:

Wollte der Staatsanwalt sein Einschreiten damit motiviert wissen, daß der Angriff auf den Ruf eines Mannes, der als Leiter eines unserer gewaltigsten, in gewissem Sinne patriotischen Zwecken dienenden Unternehmens, als der Arbeitgeber einer vieltausendköpfigen Arbeiterarmee unzulässige Beziehungen und Grenzlinien mit der seinen eng verknüpft hat, gereignet scheint, weichen Ursache und Verwirrung zu bringen, so müßte gegen diese Motivierung entchiedener Protest eingeleitet werden. Es wäre damit ein Präzedenzfall geschaffen, der zu den unheilvollsten Konsequenzen zu führen könnte und an sich schon den Argwohn erwecken und fördern muß, daß der Staat nicht Gerechtigkeit für Alle will, sondern Klassenjustiz treibt. Es scheint also die Frage nach dem Inhalt des intrinsekten Artikels, über den ja das nun anhängige Verfahren die Wahrheit ans Licht bringen wird, vollständig aus gegenüber der Frage, wie das Vorgehen des Staatsanwalts sich mit den fundamentalen Grundgesetzen des modernen Justizwesens vereinigen läßt.

Die Einführung des Separatens Krupp fand Montag Morgen auf Billa Hügel statt. Die Fortführung des Werkes in der bisherigen Form ist gewährleistet. Frau Krupp ist Universal-erbin, eine Umwandlung der Firma in eine Aktiengesellschaft nicht notwendig. Die Vorjünglinge, das Direktorium Krupp beabsichtigt die Erweiterung der Schweregeschützfabrik in Berlin und der Hartmannschen Fabrik in Oberhausen, wie früher verlasst, völlig ergründen.

Gegen die Arbeitslosigkeit. Auf die vom Reichstag zum Reichsberathungstag für 1902 gefasste Resolution über die gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zu treffenden Vorkehrungsmaßnahmen hat der Bundesrath beschlossen: den Reichskanzler zu ersuchen, durch das Kaiserliche Statthalterei-Departement zu lassen, welche Einrichtungen bezüglich der Bekämpfung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit bisher getroffen und welche Ergebnisse dadurch erzielt worden sind, hierdurch aber diese Resolution für erledigt zu erklären. Der Staatssekretär Graf v. Posadowsky hat in Folge dessen dem Statthalterei-Departement die Anweisung des Reichstages überlassen zu veranlassen. Dabei ist bereits worden, es sei davon anzugehen, daß zu den Einrichtungen, welche die Bekämpfung einer Bekämpfung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit bilden, insbesondere auch die gemeinsamen Arbeitsnachweise öffentlicher und privater Verbände zu rechnen sind. Demnach werden die Einrichtungen die gegenwärtige Lage der arbeitslosen Arbeiterbewegung innerhalb des Deutschen Reichs zu verbessern haben. Was die Einrichtungen zur Bekämpfung gegen Arbeitslosigkeit im eigenen Sinne betrifft, so werden

auch die im Auslande getroffenen Maßnahmen insoweit zu berücksichtigen sein, als sie aus der Literatur bekannt sind und für die inländischen Verhältnisse besonderes Interesse bieten.

Vorgehen gegen Venezuela. Die „Frei. Bzg.“ meldet aus New York: Deutschland und Großbritannien sondierten wegen eines Vorgehens in Venezuela. Die amerikanische Regierung erklärte, sie könne andere amerikanische Staaten nicht gegen die Folgen ihrer falschen Politik dem Auslande gegenüber schützen, würde indessen die permanente Befestigung amerikanischer Gebiete nicht als freundschaftliche Handlung ansehen. Deutschland handele am vernünftigsten, wenn es von jeder Aktion gegen Venezuela Abstand nähme. Durch jede Einmischung in die venezolanischen Wirren würde die politische Situation in Venezuela nur verwickelter und der deutsche Handel und die deutschen Eisenbahnaktionäre erlitten nur eine größere Schädigung. Jede ernsthafte Einmischung in die politischen Verhältnisse des Landes würde zudem von Amerika, wie ja auch aus der Meldung der „Frei. Bzg.“ hervorgeht, als eine Verletzung der Monroe-Doktrin aufgefaßt werden. Man begnüge sich also mit dem wohlthätigen Erfolg gegen Haiti.

Das Urtheil im Prozeß Büdler. Der Prozeß gegen den Grafen Büdler vor der Strafkammer in Berlin ist Dienstag nicht ganz zu Ende geführt worden. Es soll über den einen Punkt der Anklage, Beleidigung von Beamten durch den Satz: „Unsere Behörden laufen wie toll und verrieth hinter den Juden her“, in einem späteren Termin noch neuer Beweis erhoben werden. Im Uebrigen wurde der gräßliche Jüdenbrecher wegen Beleidigung des Sanitätsrathes Dr. Neumann in Hologau zu 300 Mark Geldstrafe und wegen Anreizung zu Gewaltthätigkeiten in zwei Fällen zu 700 Mark verurtheilt. Der Angeklagte Weber erhielt 100 Mark Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Der Vorsitzende führte bei der Urtheilsverkündung aus, daß viele Sätze in Büdler's Reden nur „bildlich“ zu nehmen seien und dazu komme, daß die Rede auch „tiefes Selbstvertrauen“, „Glauben an die christliche Religion und hohen patriotischen Sinn“ befinde. Bildlich sei namentlich der Satz zu verstehen: „Die Judenherde müssen überall zerstreut werden.“ Der Staatsanwalt hatte befristet ein Jahr Gefängniß und sofortige Verhaftung beantragt. — Inzwischen ist wieder eine neue Klage gegen den Grafen „reife“ geworden. Bei dem Hologauer Landgericht schwebt nämlich gegen den Grafen Büdler abermals ein Verfahren wegen Anreizung zu Gewaltthätigkeiten, begangen durch eine Rede, die der Graf Büdler in Klein-Tichrath gehalten hat.

Ein theures Hoch. Die Bekundung sozialdemokratischer Gesinnungen in Verbindung mit Achtungsverletzung und Gehorsamsverweigerung brachte dem Füsiliers Bieder vom Pommer. Füsilier-Regiment Nr. 34 in Bromberg ein Jahr und fünf Monate Gefängniß ein. Er war, nach der „Frei. Bzg.“, eines Abends argezt in seine Stube gekommen und konnte nur mit Gewalt ins Bett gebracht werden. Hierbei forderte er zu einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie auf und brachte es auch selbst aus. Seine Entschuldigung, er sei total betrunken gewesen, ließ das Kriegsgericht nicht gelten.

Kleine politische Nachrichten. Im 18. Hannoverischen Wahlkreise (Stade) wird bei der kommenden Wahl wiederum Dr. Sattler als national-liberaler Kandidat aufgestellt werden. — Die Ernennung des Reichsgerichtsrathes Mildner zum bayerischen Justizminister ist am Dienstag vollzogen worden. In den aller nächsten Tagen wird der „Reichsanz.“ seine Verabschiedung aus dem Reichsdienste veröffentlichen, worauf dann bayerischerseits sofort die Bekanntgabe seiner Ernennung als Nachfolger Leonhards, der Erzellenz „Dehnbart“, erfolgt. — Als Bürgermeister von Berlin ist der ehemalige Kommandirath Dr. Meide in Aussicht genommen. Er hat wegen seiner literarischen Bethätigung und seiner Theilnahme am Goethebund vor einigen Jahren die Stelle als Justiziar beim Konsistorium aufgegeben und ist vom Reichskanzler ins Reichsverkehrsamt übernommen worden. — Die hiamelischen Truppen trieben die kufständischen im Norden Siam's gänzlich auseinander.

Dänemark. **Wählbarkeit der isländischen Frauen.** Das isländische Althing hat ein Gesetz über die Wählbarkeit der Frauen angenommen, das jetzt vom dänischen König bekräftigt worden ist. Danach können Wittwen und unverheiratete Frauen in den Amtsrath, den Bezirksvorstand, Stadtrath, Kreisparlath sowie als Gemeindevorsteher unter denselben Bedingungen, die für die Wählbarkeit der Männer festgesetzt sind, gewählt werden. Sie haben jedoch das Recht, die Wahl abzulehnen.

Frankreich. **Zum Bergarbeiterstreik.** Die Vertreter der Bergarbeiter und der Minengesellschaften des Vork-Bedens konnten sich nicht einigen. Sie übertrugen den Schiedspruch auf den Präsidenten des Kassationshofs Ballot-Beaupre.

Vereinigte Staaten. **Die Verfolgungen, denen die Gewerkschaften im kassischen Lande des Trades Unionismus, in England, in der letzten Zeit ausgesetzt waren, sind nicht ohne Einfluß auf die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten geblieben.** Es machen sich dort allenthalben Versuche bemerkbar, der gewerkschaftlichen Bewegung Tetseln anzulegen. So diskutiert zur Zeit das Parlament des Staates Massachusetts einen Gesetzesentwurf, wonach die Gewerkschaften inkorporirt werden, das heißt die Rechte einer juristischen Person erhalten sollen. Dieses „Recht“ würde die Kraft und großen Unternehmungskraft in die angesehene Lage bringen, die Gewerkschaften im Falle eines Streiks für den dadurch erlittenen Schaden haftbar zu machen. Es wäre den Unternehmern auch ein leichtes, die Rassen der Gewerkschaften und damit diese selbst vollkommen zu ruinieren.

Präsident Roosevelt hat am Sonntag in Philadelphia wieder eine Rede über die Erbschaft gehalten, in welcher er aber immer vorsichtiger in der Androhung von Maßregeln gegen dieselben wird. Der Präsident brüht nur die Zustimmung an, daß es gelingen werde, einen Weg zu finden zur Lösung der Frage der Ausübung einer Oberaufsicht

des Staates über industrielle Vereinigungen. Gleichzeitig versichert er aber den Trusts, daß nicht etwa rücksichtslos und übereilt vorgegangen werden solle. Die Frage der Tarifrevision hat der Präsident in der Rede überhaupt nicht berührt.

Kuba. **Unruhmäßige Kundgebungen, die zu Blutvergießen führten, haben Montag in Havana stattgefunden.** Ein Streik der Zigarrenmacher gab Veranlassung zu anti-amerikanischen Demonstrationen. In der amerikanischen Gesandtschaft wurden die Fenster eingeworfen, und der Gesandte drohte, amerikanisches Militär aufzubieten. Schließlich stellte die Polizei die Ruhe wieder her; ein Hauptmann und drei Streikende wurden dabei getödtet, viele Personen verwundet. Eine weitere Meldung aus Havana besagt: Bei den Unruhen infolge der Unruhmäßigen sind 82 Personen verletzt worden, darunter fünf schwer. Unter den Verletzten befinden sich neun Polizisten. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Tamayo, der offensichtlich mit den Unruhmäßigen sympathisirt, hat seine Entlassung eingereicht. Präsident Palma wird dieselbe jedoch nicht annehmen, bis der Unruhmäßigen beigelegt ist.

Argentinien. **Ueber Buenos Aires wurde wegen der wachsenden Streikbewegung der Belagerungszustand verhängt.**

Ostasien. **Russische Pläne in China.** Eine wichtige Nachricht geht dem Londoner „Standard“ zu. Danach ist eine Zweigbahn im Bau begriffen und fast der Vollendung nahe, die von der mandschurischen Sektion der sibirischen Eisenbahn durch das östliche Gobi nach dem Kalganthor der großen Mauer geht. Das Kalganthor ist etwa 100 englische Meilen von Peking entfernt. Man hat danach jetzt also einen einflussreichen und erfolgreicheren kurzen Weg zur chinesischen Hauptstadt entdeckt, als den über Port Arthur und Dalgou. Die Linie, die der betreffende Gewährsmann des „Standard“ bekräftigt hat, geht in südwestlicher Richtung und durchschneidet die ausgedehnten Ebenen ober der kaiserlichen Pferdeböden, die östlich des Gebirgszuges von Konkan gelegen sind. Augenscheinlich hat man diese Strecke gewählt, weil das Land flach ist und wenig Hindernisse bietet. Das Projekt ist offenbar im Anschluß an das englisch-russische Abkommen durchgeführt worden, welches Rußland jenseits der großen Mauer freie Hand läßt. Natürlich wird durch den Bau dieser Bahn der Einfluß Rußlands auf Nordchina bedeutend verstärkt. — Die Nachricht bestätigt lediglich die Annahme derer, die bereits vor Jahren betonten, daß es Rußland nicht nur um die Mandchurei, sondern auch um die Herrschaft in der Provinz Petchili zu thun sei.

China. **Erhebliche Zwistigkeiten** scheinen zwischen den fremden Truppen in Peking zu herrschen. Ein österreichischer Matrose, der Polizeidienst leistet, tödtete nach einer „Reuter“-Meldung aus Peking vom Montag durch einen Schuß einen angetrunkenen italienischen Matrosen, der sich der Festnahme widersetzt. Um Zusammenstöße zu vermeiden, dürfen die österreichischen und italienischen Truppen die Kasernen nicht verlassen. — Es wäre ja auch ein erbanliches Schauspiel für die Chinesen, wenn sich die Wirren des heiligen Krieges vor ihren Augen gegenseitig massakrirten! Eine andere Meldung stellt übrigens den Vorfall wie folgt dar: Ein als Polizist fungirender deutscher Soldat tödtete einen verurtheilten Verbrecher beschuldigten italienischen Matrosen, welcher sich seiner Verhaftung widersetzt. Infolge dieses Vorfalls sind die Truppen beider Nationen in ihren Kasernen konfigurt.

Wien und Umgebung. **Wittwoch, den 26. November 1902.**

Die letzte Bürgerchaftsversammlung gestaltete sich ausnahmsweise einmal wieder zu einer äußerst interessanten; wurden dort doch speziell bei zwei Senatsanträgen heftige Redebekämpfe geschlagen. Als wir sahen, wie so mancher Bürgerchaftsmitglied sich im Schwelme seines Angehies abmühte, eine rhetorische Leistung zu vollbringen, da legten wir uns unwillkürlich die Frage vor: Warum diese Mühe? Wie kommt es, daß Leute, die sonst dem Senat kein Wasserlein trüben, jetzt plötzlich in gerechter Entrüstung die Handlungen des Senats kritisiren und zwar mit Worten, die man sonst wohl bei „berufsmäßigen Gegnern“, nicht aber bei launfrommen Bürgerchaftsmitgliedern angewandt findet? Die Antwort auf diese Fragen ist sehr leicht zu finden, wenn man sich vergegenwärtigt, daß im nächsten Jahre die Bürgerchaftswahlen vor der Thür stehen und so mancher „Volkstribun“ ängstlich um seinen schönen warmen Bürgerchaftsitz zittert. Es ist eben die Furcht vor den Wahlen, die jene Herren zum Reden zwang! Von diesem Gesichtspunkte aus muß der geneigte Leser die Reden der Herren betrachten.

Das Hauptinteresse der Verhandlungen dürfte wohl der 1. Tagesordnungspunkt, Verstärkung der Ausgabenseite des Staatsbudgets, erwecken. Bot sich hier doch den Rednern Gelegenheit, unsere Finanzverhältnisse streifen zu können. Als erster Redner trat Herr Buchwald auf den Plan, der in leider nur allzu verblühter Weise darauf hinwies, daß bei den jährlichen Kosten von den Reforais im mer kräftig darauf los gewirkt wird. Zu unserem größten Leidwesen hielt der Herr mit den Beweisen hierfür hinter dem Busche. Wir können dieses Verhalten nicht verstehen; wenn einem Bürgerchaftsmitglied bekannt ist, daß man sich bei einzelnen Behörden gar nicht um unsere traurigen finanziellen Verhältnisse kümmert, sondern aus dem großen Geldbeutel des Staates immer nur im Vollen schöpft, dann ist es keine Pflicht, diese Mißstände an das Licht der Öffentlichkeit zu ziehen. Ist aber dieses Mitglied sogar im Besitz von Beweisen und versteht sich dann noch hinter einigen dunkeln Nebendungen, dann können wir ein solches Verhalten nur als eine Pflichtverletzung bezeichnen. Im Uebrigen sind wir der Meinung, daß die Angriffe des Herrn Buchwald doch wohl nicht jeglicher Grundlage entbehren, da sonst seitens des Senators Dr. Schenburger eine weitaus schärfere Zurückweisung dieser Angriffe hätte erfolgen müssen, insbesondere, da Herr Buchwald, daß er zum Beweis für seine Behauptungen ziemlich drastische Beispiele anführen könne. — Die neuerdichtlichen Ausführungen des Herrn Buchwald und

anderer Redner dürften von der Bevölkerung wohl nur mit sehr gemäßigten Gefühlen aufgenommen werden. Troßdem Herr Dr. G. v. B. zur Beruhigung der Steuerzahler Abmilderungsversuche unternahm, kann man es wohl heute schon als ziemlich feststehend bezeichnen, daß der arbeitenden Bevölkerung Lübeds bereits im nächsten Jahre neue Steuerlasten auferlegt werden. Mag man nun Zuschläge zur Einkommensteuer einführen oder neue Steuern „erfinden“: das werththätige Volk muß ständig die Suppe auslöffeln, die am Staatsruhr befindliche Personen ihnen eingebrockt haben. Das ist eben auch ein Zug der Zeit! Hier kann nur dadurch Abhilfe geschafft werden, daß man der Forderung der Sozialdemokratie auf Einführung einer Vermögenssteuer und einer stärkeren Besteuerung der großen Einkommen entspricht. Dann würde man ein gerechtes, auf gesunder Grundlage aufgebautes Steuersystem besitzen, das gleichzeitig dem Volke ein Ende bereiten könnte.

Eine längere, theilweise erregte Debatte, rief der Senatsantrag auf anderweitige Gehaltsfestsetzung für den Direktor der Gewerbe- und Baugewerkschule hervor. Dieser Herr glaubt, der Bürgerschaft einfach die Pistole auf die Brust setzen zu können, indem er erklärt: „Entweder ihr gewährt mir Gehaltszulage oder ich gehe!“ Hier fragt es sich nun, ob denn das Gehalt jenes Herrn wirklich ein so kümmerliches ist, daß er damit nicht auskommen kann. Das Anfangsgehalt des Direktors betrug vor der Regulierung des Besoldungsplans 6300 Mark, nach Festsetzung des Letzteren wurde es um 500 Mark erhöht, jedoch dieser Posten also mit 6800 Mark jährlich honorirt wird. Mit diesen launigen paar Tausend Mark konnte der Herr aber nicht auskommen, denn nach einigen Monaten drohte er mit dem Streik, falls man ihm nicht tausend Mark mehr geben würde. Die Oberlehrerbehörde und der Senat aber waren so entzündet von dem Herrn Direktor Jensen, daß sie diese Forderung unterstützten. Zu ihrem Verdruß lehnte jedoch der Bürgerausschuß einen diesbezüglichen Antrag ab. Man ließ aber den Muth nicht sinken und gab sich der Hoffnung hin, daß es bei einem zweiten Anlauf schon „schlumpfen“ würde. Doch der Bürgerausschuß setzte sich beim zweiten Anlauf anfangs auf die Hinterbeine; er überwies zunächst den Senatsantrag einer Kommission und diese strich 300 Mark. Erreut über diesen glücklichen Ausweg, stimmte der Bürgerausschuß und auch der Senat diesem Vorschlag zu; sie warfen damit das Werk, das sie zum Beginn dieses Jahres in Gestalt des Beamtenbesoldungsplans aufgebaut hatten, einfach wieder über den Haufen und erkannten damit auch gleichzeitig an, daß bei jenem Etat nur halbe Arbeit geleistet worden ist. Nun hatte noch die Bürgerschaft die Entscheidung zu fällen. Um den zu erweiternden warnenden Kassandrastimmen von vorne herein die Spitze abzubrechen, stellte Dr. Ziehl einen Antrag auf Ablehnung des Senatsantrages und Gewährung einer persönlichen Zulage von 1500 Mark. Damit war der Besoldungsplan nicht durchbrochen worden und der „hungernde und durstende“ Direktor bekam jetzt trotzdem sogar eine Zulage von 1500 Mark. Dieser Antrag fand denn auch, nachdem sich der Senat damit einverstanden erklärt hatte, Annahme. Alle schönen Reden der Lehrer gegen die Erhöhung waren vergebens; sie fruchteten ebensowenig, wie der Demonstrationen Antrag Bödewer's auf Regulierung der Gehaltsätze des Schulrathes, der vor der Ablehnung schließlich wieder zurückgezogen wurde. Erwähnt sei noch der Neuzugungen des Herrn Dr. Ziehl, der dem Senat Kopflosigkeit vorwarf, der aber selbst komischerweise durch Stellung seines Antrages mit dazu beitrug, daß das Wünschenswerthe in Erfüllung gingen. Daß das konsequente gehandelt war, müssen wir sehr stark bezweifeln. — Durch Annahme des Antrages Ziehl ist unferes Trachtens bewiesen worden, daß unsere Bürgerschaft der weit verbreiteten Auffassung, es herrsche in Lübed eine Klügelwirtschaft, nicht entgegen treten will. Man gewährt Beamten, die nach Meinung von eingeweihten Leuten sehr leicht ersetzt werden können, erhebliche persönliche Zulagen, weil sie sonst Lübed verlassen wollen. Diese Willfährigkeit gegenüber höheren Beamten steht wohl einzig da. Es wird hohe Zeit, daß mit dieser Klügelwirtschaft, die trotz aller „oppositionellen“ Reden anscheinend bei uns herrscht, gebrochen wird; mit anderen Worten: Daß Sozialdemokraten in die Bürgerschaft entsandt werden.

Die übrigen Tagesordnungspunkte wurden theils ohne, theils nach unwesentlicher Debatte erledigt, jedoch kurz vor 1/2 Uhr Schluss der Sitzung erfolgen konnte. Der letzte Punkt: „Erlaß einer Bauordnung“ wurde bis zum 3. Dezember vertagt.

Aus den Kreisen der hiesigen Eisenbahn-Beamten ist uns folgende Zuschrift zugegangen: „Am Montag hat die Direktion der Lübed-Büchener Eisenbahn durch die hiesigen Dienststellenvorsteher die Beamten auffordern lassen, die Wohnungsmiethen aufzugeben. Bei dieser Gelegenheit kam wieder so recht zum Vorschein, welche hohen Miethen jeder einzelne, um nur eine bescheidene Wohnung zu haben, zahlen muß. Der Durchschnittspreis betrug ca. 400 Mk. Man geht jetzt wohl nicht mehr fehl, wenn man annimmt, daß die Driskula gen, die bis dahin für die Stations-, Bureau- und Abfertigungsbeamten je nach ihrer Rangklasse 150, 180 und 210 Mk. bezogen, endlich auf mindestens 250, 280 und 310 Mk. erhöht werden. Außerdem dürfen die Beamten, weil die Direktion jetzt den guten Willen zeigt, etwas für sie zu thun, wohl auch bestimmen damit rechnen, daß ihr pensionistisches Anfangsgehalt um mindestens 100 Mk. aufgebessert wird. Was die alle 3 Jahre zu erwartenden Alterszulagen anbetrifft, so sind die noch aus grauer Zeit und daher auch dringend reformbedürftig.“

Der 8 Uhr-Ladenschluß ist aufgehoben! Jedenfalls infolge der f. Zt. von uns mitgetheilten Urtheile des Schöffengerichts und der Strafkammer ist der 8 Uhr-Ladenschluß nummehr seitens des Senatsausschusses für Gewerbe- und Versicherungswesen vom gestrigen Tage ab aufgehoben worden. Die Verkaufsstellen dürfen also jetzt bis 9 Uhr Abends und zwischen 5 und 7 Uhr Morgens geöffnet sein. Ohne Frage wird jetzt so bald wie möglich eine neue Abkürzung, die allen gesetzlichen Anforderungen genügt, erfolgen, damit dann eine gesetzliche gütliche Verordnung, betr. den 8 Uhr-Ladenschluß herbeigeführt werden kann. Die Geschäftsinhaber haben am gestrigen Abend mit vereinzelt Ausnahmen wie gewöhnlich um 8 Uhr geschlossen. — Wir möchten im Interesse der in hiesigen Geschäften angestellten Verkäufer, Ladenmädchen, Hausdiener u. an unsere Leser die Aufforderung richten, trotz der Aufhebung der Verordnung nach wie vor ihre Einkäufe vor 8 Uhr Abends zu bewerkstelligen, damit die Geschäftsinhaber wie bisher um 8 Uhr schließen können!

Litterarische Gesellschaft, Lübeder Lesesaal von 1890. Unermüdetlich ist der Lübeder Lesesaal von 1890, eine Gesellschaft junger Kaufleute und Lehrer, bestrebt, das Lübeder Publikum, soweit es der Litteratur Interesse entgegenbringt, mit Dichtern und Schriftstellern der Gegenwart bekannt zu machen. Leider

findet dieses so löbliche Streben der litteraturfreundigen Herren bei Weitem nicht die verdiente Anerkennung. Sogar Ludwig Fulda, der erfolgsgekrönte Dichter des Märchenromans „Lalzman“ sowie der erst jüngst in Lübed mit bestem Erfolg aufgeführten „Zwillingschwelger“, — Fulda, der Dichter vom „Verlorenen Paradies“ und vielen anderen ansprechenden Sachen und Sächelchen, auch er hatte nicht vermocht, am Dienstag Abend den großen Kasinoaal zu füllen; wohl die Hälfte der Stühle blieb unbesetzt. Dieser an sich beklagenswerthe Umstand nimmt uns um so mehr Wunder, als doch gerade Fulda der Dichter des behäbigen Bürgerthums par excellence ist. Nie hätten wir geglaubt, daß gerade Lübed einen so geringen Hofmannsboden für derartige Vorlesungen abgeben würde! Ludwig Fulda ist bekanntlich sehr vielseitig: er ist ein beachtenswerther Dramatiker, ein formvollendeter Liebeserzähler, ein ansprechender Lyriker und ein humorvoller Erzähler. Am Dienstag Abend, wo der Frankfurter Dichter uns Lübedern „Christes und Heiteres“ aus seinen Dichtungen vorlas, lernten wir ihn nur als Erzähler und Lyriker kennen, die Dramen ließ er ganz beiseite. Gleich die zuerst vorgetragene Novelle „Der Pelz beim Kürschner“ schlug gut ein. Es ist die Geschichte einer Ehe in Briefen, die zwischen dem Professor der Naturwissenschaften Wiegand in Berlin, seiner von ihm getrennt lebenden Frau in Freiburg i. B. sowie seinem Freunde Dr. Straub gewechselt werden. Die humorvolle Novelle zeugt von einer liebevollen Beobachtung des Lebens. Über übrigen Verlangens trägt, sie kennen zu lernen, mag sie in der „Woche“ nachlesen, wo sie jüngst zum Abdruck gelangt ist. Schallende Heiterkeit erregte die weiter vorgetragene Humoreske „Zufall!“, auch hier handelt es sich um eine Ehegeschichte, in der aber alles zufällig geschieht. Ein mikroskopisches Stäubchen in der Uhr des Helden der Erzählung reparirt den Schaden wieder, den einstmalig seine enge Stiefel angerichtet haben. Der „reparierte Schaden“ besteht nämlich darin, daß die Gattin des Helden mit dem Freunde und ehemaligen Mitbewerber nach Amerika durchbrannt. Von den Gedichten sprachen am meisten an: „Das erste Mal“ — ein Gymnast hat den Arm gebrochen und sieht sich in dem Berichte der Zeitungen zum ersten Male gedruckt — und „Die juristische Schöpfung“. Mit Witz und Satire macht sich Fulda in diesem letzten Gedicht über verschiedene preussische Juristenkreise lustig. Wie es meist bei Dichtern der Fall ist, so las auch Fulda ohne besondere Kennzeichnung; es liegt fast alles in demselben Tonfall von der Waise. Lediglich bei der „juristischen Schöpfung“ gelang es ihm ziemlich glücklich, den Ton schnarrender preussischer Schneidigkeit nachzuahmen. Das Publikum nahm den Dichter überaus freundlich auf und hielt mit Beifallsäußerungen nicht zurück, so daß die Vorlesung, alles in allem genommen, recht anregend für Dichter und Zuhörer verlief.

Der Stellvertreter. Am Montag gelangte vor dem hiesigen Schwurgericht ein Fall zur Verhandlung, der eines gewissen komischen Beigehmaßes nicht entbehrt. Es hatte sich nämlich der Arbeiter Bagels, der häufig verurtheilt ist, wegen Urkundenfälschung zu verantworten. Wie unseren Lesern wohl noch in Erinnerung sein dürfte, wurde im Mai d. J. der Bäckermeister Diederich aus Rensfeld, der nach Amerika entflohen sein soll, wegen Körperverletzung zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt. Er hatte aber keine Lust, während der schönen Sommerzeit hinter schwebenden Gardinen zu haften; deshalb suchte und fand er in dem Angeklagten Bagels, der arbeitslos war, einen Stellvertreter, der für ihn die zwei Monate abbrummen sollte. Der Lohn für diesen Liebesdienst betrug 10 Mk. B. reiste dann nach Genua und meldete sich als Bäckermeister Diederich zur Verbüßung der Strafe im dortigen Gefängniß. Doch mit des Gefängnisses Mächten ist kein ew'ger Bund zu schließen. Der Schwindel wurde sofort durch einen Zufall entdeckt und B. in Untersuchungshaft genommen. Diederich, der sich f. Zt. nach Thüringen gewandt hatte, floh jetzt nach Amerika. Sein Stellvertreter mußte jedoch vor den Geschworenen erscheinen. Nachdem diese die Schuldfrage bejaht hatten, erkannte das Gericht auf fünf Monate Gefängniß, welche Strafe durch die sechsmonatige Untersuchungshaft als verbüßt gilt. So endete die Stellvertreterhaft für den einen der Theilnehmer! Und der Justizier? Wird auch den noch einmal die Dame Justitia unanft in ihre Arme drücken?

Ein Oheodrama vor dem Schwurgericht. Am gestrigen Tage stand der Arbeiter Noje aus Stodsdorf unter der Anklage des Hausfriedensbruchs, der Bedrohung und des versuchten Todtschlags vor den Geschworenen. Die Verhandlung entrollte ein geradezu trauriges Bild von dem Familienleben mancher Leute. Der Angeklagte, dem von seinem Arbeitgeber das Zeugniß eines ordentlichen und fleißigen Mannes ausgestellt wird, hat im Jahre 1893 die Tochter des Arbeiters Dender zu Stodsdorf geheiratet; mehrere Kinder sind dieser Ehe entsprossen. Der Angeklagte soll nach Aussage mehrerer Zeugen anfangs in glücklicher Ehe mit seiner Frau gelebt haben, nach der unedlichen Angabe der Frau und der Schwiegereltern ist jedoch das Gegentheil der Fall. Schließlich zog der Angeklagte zu seinen Schwiegereltern, um diese zu unterstützen. Schon hier entstanden Streitigkeiten, bis schließlich die jungen Leute eine andere Wohnung bezogen. Im Frühjahr dieses Jahres kehrte nun der Bruder des Angeklagten aus Afrika zurück und zog zu den jungen Eheleuten, wo er ein intimes Verhältnis mit der Frau anknüpfte. Der Angeklagte kam dahinter und ließ sich in der Erregung dazu hinreißen, seine Frau zu schlagen und seinem Bruder das Haus zu verbieten. Jetzt kehrte die Frau zu ihren Schwiegereltern zurück und setzte hier den Umgang mit ihrem Schwager fort. Einest Tages stürzte nun der Angeklagte mit einem Knüttel in die Wohnung seiner Schwiegereltern hinein und soll hier die Anwesenden und speziell seine Frau mit Todtschlag bedroht haben. Der Aufforderung, sich zu entfernen, kam er nicht nach. Am 31. August warf er, als er seine Frau mit seinem Bruder im Hause seiner Schwiegereltern auf dem Sopha sitzen sah, einen Stein in das Zimmer, ohne jemand zu treffen. Einest Tages, als der Angeklagte gehört, daß seine Frau von seinem Bruder 10 Mark wöchentlich erhalte, stellte er sie dieserhalb zur Rede; sie gab ihm lachend eine gemeine Antwort. Hierdurch in maßlose Wuth verjett, brachte er seine Frau, als sie am gleichen Nachmittage auf der Koppel mit ihm zusammentraf, mit einem Messer elf Stiche bei, die jedoch mehr oder minder ungefährlich waren. Nach vollbrachter That sorgte der Angeklagte dafür, daß sofort ärztliche Hilfe herbeigeholt wurde. Die Geschworenen bejahten die Hilfsfrage auf vorläufige gefährliche Körperverletzung. Hierauf wurde der Angeklagte, der sich nach unserer Meinung nur durch das verurtheilenswerthe Vorgehen seiner Frau zu der That hat hinreißen lassen, zu sechs Monaten Gefängniß, unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft, verurtheilt.

Die Herrenfähre hat am gestrigen Abend für immer ihren Betrieb eingestellt, nachdem nunmehr der Damm durch das alte Fahrwasser bei der Herrenfähre fertig gestellt und für den Verkehr freigegeben worden ist.

Ein Volls-Bräusebad wird am heutigen Tage in dem vom Lübeder gemeinnützigen Bauverein errichteten Hause Ludwigstraße 75, Ecke der Stitenstraße, eröffnet. Wir können diesen Schritt mit Freuden begrüßen und nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß, da der Staat die Errichtung von billigen Bräusebädern nicht für nöthig hält, seitens des genannten Vereins auf diesem Wege fortgeführt wird.

Unter Bezugnahme auf unseren Bericht über die Verhandlung der hiesigen Strafkammer II gegen Herrn J. w. er sucht Letzterer uns, mitzutheilen, daß er in seiner Eingabe an den Kaiser nicht geschrieben hat: „Ich lehne den Schutz an“, sondern: „Ich rufe den Schutz an.“

pb. Schwindel. Gegen eine wiederholt wegen Betrugsvorbestrafte Ehefrau von hier wurde abermals Anzeige wegen desgleichen Vergehens erstattet. Sie sucht unter Vorpiegelung falscher Thatfachen von mitleidigen Personen sich Unterstützungen zu verschaffen.

pb. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Radwiz, der seitens der Großh. Amtsanwaltschaft in Neustadt i. M. wegen Unterschlagung stechbrieflich verfolgt wird.

Moikung. Volksversammlung. Die am Sonnabend stattgefundene öffentliche Volksversammlung war verhältnismäßig gut besucht. In 1/2stündiger Rede sprach Genosse Th. Bartels über die bevorstehende Reichstagswahl und die Aufgaben der ländlichen Arbeiter zu derselben. Die Ausführungen des Referenten wurden beifällig aufgenommen; es wurde beschlossen, von jetzt an rühriq in die Wahlagitacion einzutreten, besonders unter den ländlichen Arbeitern. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Malente. Zur Gemeinderathswahl. Wie bereits gemeldet, ist es unseren Genossen bei der Gemeinderathswahl gelungen, von acht ihrerseits aufgestellten resp. unterstützten Kandidaten sechs zum Siege zu verhelfen. Zwar handelt es sich hier nur um zwei Genossen, die übrigen vier waren aber mit unserer Liste gestellt worden. Es erhielten Stimmen: Hüfner Bendfeld-Malente 243, Hüfner Böttger-Zimmerdorf 200, Viertelshüfner Struck-Malente 194, Arbeiter Bahr-Malente 166, Hüfner Töbing-Malente 153 und Arbeiter Schönning-Krummsee 110 Stimmen. Die ferner auf unserer Liste verzeichneten Hüfner Koch und Maurer Münter-Malente erhielten 103 resp. 102 Stimmen, ihre Gegner, Hüfner Blunck-Kreuzfeld und Hofscheider Köpcke-Malente dagegen 140 resp. 129 Stimmen. Unsere Malenter Genossen können auf ihren Erfolg stolz sein; möge er sie zu neuer Thätigkeit für die bevorstehenden Reichstagswahlen anspornen.

Kleine Chronik der Nachbargelände. Wegen Fahrmüdigkeit verurtheilt das Hamburg. Schwurgericht den wegen des gleichen Delictes schon vermal mit zusammen 13 Jahren Zuchthaus vorbestraften Photographen Schleefmann zu 7 Jahren Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen. Er hatte 2-Markstücke angefertigt und davon 12 Stück umgelegt. — Einem Rangierer in Wilhelmshurg wurden von einem Zuge beide Beine abgehauen. — Gestern Nachmittag traf der Postdampfer „Blücher“ der Hamburg-Amerika-Linie in Cuxhaven ein. Unter der Aufsicht zweier Kriminalbeamten landete auch der Embrecher Schoo, der, an Händen und Füßen gefesselt, mit vernünftigen Gesicht zum Zuge führen ließ. — Der deutsche Schooner „Germania“, mit Kohlen von Lynn hierher unterwegs, ist nach einer Cuxhavener Meldung auf Groß Vogelstrand gestrandet. Schlepper sind zur Hilfeleistung hinausgegangen. — Auf dem nur dünn betretenen Kanal zu Gütrow brachen zwei Knaben ein. Während sich der eine von ihnen zu retten vermochte, ging der andere, Namens Franz Kruse, unter und erkrank. — Sonnabend Abend stellte sich das Dienstmädchen eines Schlachtermeisters in B. kow an den Ofen, um sich zu erwärmen. Hierbei geriethen die Kleider des Mädchens in Brand, das trotz schneller Hilfe erhebliche Brandwunden im Rücken erlitt. — Durch das Großfeuer in Stavonhagen, das noch nicht gedämpft ist, sind bis jetzt 20 Familien obdachlos geworden. Man hofft, einer weiteren Verbreitung desselben vorbeugen zu können, indem man ein Haus niederriß.

Hamburg. Ein amüsanter polizeilicher „Mißgriff“ ist von hier zu melden. Auf der Stadthausbrücke begegnete ein Kriminalbeamter einem Manne, der es sehr eilig zu haben schien und der den Beamten sehr verdächtig vorkam. Er glaubte eine Nechlichkeit mit einem stechbrieflich Verfolgten an ihm zu entdecken und stürzte ihn ohne viel Federlesens nach dem Stadthause, obwohl der Verdächtige wiederholt befandete, er sei Polizeibote in der und der Abtheilung im Stadthause. Hier stellte sich alsbald die Richtigkeit der Angabe des Sittirten heraus, worauf der Kriminalbeamte sich bei seinem Polizeifollegen wegen des „Mißgriffs“ entschuldigte. — Wenn die Polizeibeamten sich gegenständig hängen, arretiren, verhaften und mit „Mißgriffen“ behelligen, dagegen aber das Publikum in Ruhe lassen, dann wird dieses am allerwenigsten etwas gegen eine solche Polizeithätigkeit einzuwenden haben.

Neustadt i. S. Eine Partei-Konferenz für den Schleswig-holsteinischen Wahlkreis fand am verfloffenen Sonntag im Lokale des Herrn Lange statt. Die Konferenz wurde Nachmittags 3 Uhr vom Genossen Lienau-Neumünster eröffnet mit folgender Tagesordnung: 1. Organisation und Agitation. 2. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. 3. Aufstellung eines Kandidaten für den 9. Kreis. 4. Wahl des Borortes. Bertraten waren folgende Orte: Neustadt durch 1. Oldenburg 1. Vreey 1. Segeberg 2. Stodsdorf 1. Heiligenhafen 2 und Lübeck durch 2 Delegirte. Außerdem waren 2 Mitglieder der Agitations-Kommission aus Neumünster anwesend. Nachdem sich das Bureau gebildet hatte, referirte Genosse Lienau über Organisation und Agitation; derselbe führte aus, daß die Wahlkreisleitung ihre Pflicht nicht gethan habe, indem sie die im Vorjahre gefaßten Beschlüsse nicht zur Ausführung gebracht hätte; es heiße jetzt aber: Alles Versäumte nachholen. Die vorhandenen Organisationen müßten ausgebaut werden. Wo keine Organisationen vorhanden seien, müßte versucht werden, Verbindungspunkte anzuknüpfen; namentlich sei dieses auf dem Lande nothwendig, um die Arbeiter für unsere Ideen zu gewinnen. Redner ging dann das Näheren auf die letzte Kalenderverbreitung ein und führt einen Fall an, der beweise, mit welchen Mitteln man es in einer kleinen Provinzialstadt noch möglich gemacht habe, die Kalender aus den Häusern wieder herauszuholen. Redner unterzog die Thätigkeit der behördlichen Organe in diesem Falle der schärfsten Kritik. Zum Schlusse forderte er alsdann die Genossen auf, ihre Pflicht zu thun, indem sie dafür Sorge trügen, daß die Partei auch finanziell gestärkt werde. In der darauf folgenden Diskussion sprachen noch Meyer-Geilighausen und Bloog-Lübed, worauf folgende Resolution angenommen wurde: Die heutige Konferenz des Schleswig-holsteinischen Wahlkreises beauftragt die Ortskommission, Mittel und Wege zu finden, welche es ermöglichen, die Agitation in schnellster und energich-

der Weise in die Wege zu leiten, um bei der bevorstehenden Reichstagswahl bessere Erfolge zu erzielen; gleichzeitig verpflichten sich die anwesenden Genossen, in diesem Sinne auch ihre vollste Thätigkeit zu entfalten, um die Partei auf die nötigen Höhe zu bringen. — Hieraus referierte Genosse Weinheber-Hamburg über die bevorstehenden Reichstagswahlen. Derselbe erläuterte in ausführlicher Weise die Wichtigkeit des nächsten Wahlkampfes, welcher sich zu einem Kampfe gestalten würde, wie er noch nicht dagewesen sei. Hedner weist dann auf den Aufruf der rechts stehenden Parteien hin und ist der Ansicht, daß es nur ein hüben und drüben gehen wird und die Mittelparteien in diesem Kampfe zerrieben werden. Hedner unterzog dann noch die bisherige Thätigkeit sowie die Pläne der gegnerischen Parteien in Bezug auf den Zolltarif, Wahlrecht, Koalitionsrecht und Militärforderung einer scharfen Kritik und resumiert sich dahin, daß das Streben dieser Parteien nur darauf gerichtet sei, die Rechte des arbeitenden Volkes in jeder Weise zu verflummern. Er forderte deshalb die Genossen auf, mit allen gesetzlichen Mitteln dahin zu wirken, daß der neue Kreis im nächsten Jahre auch zu denen gehöre, wovon man sagen könne, es sind Fortschritte, es sind Erfolge erzielt worden. Eine Diskussion fand zu diesem Punkte nicht statt. Frauen, welche während des Referats den Saal betreten hatten, wurden vom überwachenden Beamten aus demselben verwiesen. Als Kandidat für den 9. Schleswig-holsteinischen Wahlkreis wurde Genosse P. Weinheber-Hamburg wieder

aufgestellt. Zum letzten Punkt der Tagesordnung unterzog Genosse Lienen die Thätigkeit der bisherigen Wahlkreisleitung einer scharfen Kritik und gab der neu zu wählenden Kommission einige praktische Winke für ihre zukünftige Thätigkeit; er hofft, daß dieselben das Versäumte nachholen würde. Ehlers-Lübeck tritt dafür ein, daß der Vorort in Neustadt bleibt; falls aber die neue Kommission ihre Schuldigkeit nicht thue, dann solle der Agitationskommission das Recht zustehen, sofort die Leitung von dort wieder fort zu nehmen. Scheel-Segeberg tritt für die Stadt Segeberg als Vorort ein. Ueber die in keiner Weise befriedigende Thätigkeit des bisherigen Kreisvertrauensmannes sprachen noch v. Aspern und Lews. Hierauf wurde nach dem Vorschlage Ehlers Neustadt als Vorort wieder gewählt. Es wurde alsdann noch erklärt, daß es infolge der späten Veröffentlichung des Versammlungstages der Konferenz den Vertrauensleuten im Kreise Stormarn nicht möglich gewesen sei, an der Konferenz theilzunehmen. Zum Schluß forderte Genosse Lienen die Anwesenden auf, zu der Abends 7 Uhr stattfindenden öffentlichen Versammlung zahlreich zu erscheinen und auch Frauen mitzubringen. Hierauf erhob sich der anwesende Herr Stadtrat und fragte: „Frauen doch nicht?“ Genosse Lienen klärte diesen Herrn über die gesetzliche Zulässigkeit der Theilnahme von Frauen an Versammlungen auf. Sodann wurde die Konferenz vom Genossen Lienen geschlossen.

Bremen. Ein glänzendes Resultat brachte der zweite Tag der Bürgerchaftswahlen für die Sozial-

demokratie! Nicht nur, daß die Sozialdemokratie ihren alten Sitz im 8. Bezirk mit gutem Erfolge behauptete, sie hat auch den Gewinn an zwei neuer Mandate zu verzeichnen. Dazu kommen sehr aussichtsreiche Stichwahlen im 4. und 5. Bezirk! Und überall eine ganz wesentliche Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen! Der heutige Wahlausfall ist ein glänzender Beweis von der Disziplin der Arbeiterschaft und für die große Macht, die sie bei geschlossenerm Vorgehen zu entfalten vermag. — Wiedergewählt wurde Genosse Blome im 8. Bezirk mit 361 gegen 236 Stimmen; im 6. Bezirk siegte Genosse Rosenlechner mit 284 gegen 252 liberale Stimmen, im neunten Bezirk Genosse Junge mit 402 gegen insgesamt 227 bürgerliche Stimmen. Im 4. Bezirk erhielt Genosse Gohmann 232, der Liberale Bauer 236 Stimmen; gesplittet waren 5. Im 5. Bezirk war das Resultat folgendes: Genosse Engeland 230, Wilda (Lib.) 120, Hartwig (Lib.) 187 Stimmen. Hier hat also Stichwahl zwischen Engeland und Hartwig stattgefunden. Im 7. Bezirk hat eine Stichwahl zwischen den beiden Liberalen, die 210 resp. 119 Stimmen erhielten, stattgefunden; unser Kandidat Genosse Blome erhielt 96 Stimmen. — Das gestern mitgetheilte Resultat über die Wahl im 11. Bezirk ist infolge eines Druckfehlers nicht richtig wiedergegeben. Dort erhielt nämlich der Liberale nicht, wie versehenlich mitgetheilt, 149, sondern 249 Stimmen, während Genosse Junge 23 Stimmen auf sich vereinigte. In diesem Bezirk ist also der Liberale gewählt.

Für die Aufmerksamkeit zu unserer Hochzeit danken herzlich

O. Brede und Frau, geb. Ramin.

Ein Logis zu vermieten

Warenbörsestraße 5, datterre.

Zu sofort oder Januar Wintervermietung Wiedestraße zu vermieten Näheres Friedensstraße 72, II.

Gesucht zu so ort ein ordentlicher Knecht.

T. Höppler, Mori bei Hasenburg.

Zschlängige Bettstelle mit Matratze fast neu, zu verkaufen Jadenb. Allee 53, part.

Ein vollständiges Bett

billig zu verkaufen St. Annenstraße 12.

Ein viereräderiger Wagen mit Flecken u. ein Winterpaletot billig zu verkaufen Süppowstraße 17.

Guterh. Dauerbrandöfen mit Rohr billig zu verkaufen Wiedestraße 54, part.

Ein fast neuer polierter Sopha Tisch mit Aufbaumplatte, wie leere Weinflaschen sind billig zu verkaufen Hanjstraße 63, part.

Ein junger edler Terrier

8 Wochen alt, billig zu verkaufen Forststraße 14a.

Handharmonika-Spieler, werfen Sie Ihr Geld nicht weg



für minderwertige Instrumente, welche vielfach von unwürdigen Handlungsgehilfen angepriesen werden. Es sind fast durchweg Instrumente geringster Qualität, welche Sie hier am Platze mindestens ebenso billig kaufen. Überzeugen Sie sich selbst und besichtigen Sie bitte unser großes Lager (ohne Kaufzwang). Sie kaufen bei uns für einen solchen Preis ein wirklich gutes Instrument unter Garantie. Unsere Handharmoniken, von dem einjährigen bis zu dem feinsten Künstler Instrument, zeichnen sich aus durch großen edlen Ton, größte Haltbarkeit, feinste Ausstattung. Hochachtungsvoll Meyer & Eggert, Musikinstrumentenfabrik, Königstraße 116, bei der Mühlentorstraße.

Cerofirm

in der vortheilhaftesten Gasablichtung. Derselbe wird jetzt ausschließlich von der hiesigen Gasanstalt zur Straßenbeleuchtung verwendet.

Cerofirm kostet nur 50 Pfg.

und ist erhältlich bei

W. Klässendorf, Bäckerstraße 124, Telefon 1159

Frostmittel grossartig sofort lieferbar Pack. 20 Pf. Ferd. Kayser.



Gold-, Silber-, Alfenide-Arbeiten. Reparaturen schnell und billig. Vergolden, versilbern. — Werkzeuge & Geräthe.

Achtung! Achtung!

Sieben 1 Waggon von den beliebtesten Konserven eingetroffen, welche für folgende billige Preise verkauft werden:

2	Pfund-Dose Schnittbohnen	27	Pfg.
2	" "	Breihbohnen	27

20%

unter Preis verkaufe ich bis zum 5. Dezember sämtliche Porzellan- sowie Emaillewaaren. * Kolonial- sowie Fettwaaren * zu den billigsten Preisen.

Ich rathe jeder Hausfrau nur Möller's Margarine zu kaufen, da dieselbe sich durch ihre Güte und Qualität einen großen Kundenkreis erworben hat.

per Pfund 50, 55, 60, 70 und 75 Pfg. Bei jedem Pfund 1 Zeller oder 5 Rabattmarken gratis.

Bis zum 5. Dezember gebe ich beim Einkauf von 2,00 Mark ein **Puddings-Pulver gratis.**

Johann Möller
Königstraße 46a. — — — — — Fünshausen 7.

Beerdigungs-Geschäft C. Behrens Nbg. A. Brodersen obere Aegidienstrasse 7. Große Auswahl in Särgen und Einleidungen, Kränzen und Grabstöcken. Billigste Preise.

Unser hervorragend beliebter **Lübecker Frühstückskäse** hergestellt aus bester Milch, nach französischer Art, ist wieder vorrätig. Man verlange denselben an unseren Wagen und in unseren Läden **à Stück 10 Pfg.** Reichhaltig, wohlschmeckend, leicht verdaulich. Wiederverkäufer wollen die neuen Offerten einholen. Versand durch ganz Deutschland.

Hansa-Meierei Lübeck.

Empfehlungs-Karten H. Schreiber Zahntechniker, Wahnstraße 8, I. Etage. Die Druckerei des Läh. Volksboten.

Möbelkäufern empfehle ich mein großes Lager dauerhaft gearbeiteter **Möbel jeder Art. Folkers' Möbel-Magazin 25 Marlesgrube 25.**

Verband d. Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl. (Kassierstelle Lübeck.)

Theatralische — — — — — Aufführung Wenn Zwei dasselbe thun ... Schauspiel in 4 Akten am Donnerstag den 27. November im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52. Eintritt 20 Pf., Kinder die Hälfte. Kassenschluss 7 1/2 Uhr. Anfang präzis 8 1/2 Uhr. NB. Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt.

Das Comitee. Karten à 20 Pf. sind zu haben im Vereinshaus, F. Seefe, Lederstr. 3, C. Wittfoot, Hügelstraße 18, und bei sämtlichen Kaffeehäusern.

Circus Variété Reuterkrug. Größtes, ältestes und vornehmstes Variété am Platze. **Einen glänzenden Sieg** erntete der **neue V. Spielplan.** 10 wirkliche Attraktionen. Anfang 8 Uhr. Kassenschluss 7 Uhr.

Panorama (Filiale Berlin, Passage) Breitestrasse 53, I. Etg. Diese Woche interessante Reise im

Riesengebirge. Jeden Tag von 10-1 und von 2-10 Uhr geöffnet. Entree 30 Pfg., Kinder 20 Pfg., 5 Meilen 1 Mt.

Apollo-Theater. Der größte Lacherfolg. Nur noch 4 Tage. Beginn 8 Uhr. — 9 Uhr Schnittbilletts. Freitag zum 1 Male: „Seine Karoline“ mit H. Kalnberg.

Stadt-Theater. Donnerstag den 27. November, Abends 7 1/2 Uhr. Brigitte (Singspiel Melie Steeger). Komische Oper in 3 Akten von Raffaele. Freitag: Carmen. Sonnabend: Bei ermäßig. Preisen. Der Freischütz.

Verantwortlicher Redakteur für den germanischen Theil der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Umgebung“, sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich. Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Umgebung“, sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stellung. — Verleger: Theodor Schwarz. Druck von Friedr. Meyer & Co. — Druckstraße in Lübeck.

Das Verbot der Schwefelholzfabrikation

wird nun endlich, wie schon mehrfach gemeldet, von der Regierung dem Reichstage vorgeschlagen. Bereits vor vier Jahren stellte unsere Fraktion einen dahin gehenden Antrag, der aber bei der mangelhaften Beachtung, die die Schwefelholzfabrikation seitens der Reichstagsmehrheit finden, bisher nicht zur Verhandlung kam. Wohl aber brachte unsere Fraktion diese Frage wiederholt bei der Beratung des Etats, wie einer Petition zur Sprache und drängte die Regierung, doch endlich dem gauenhaften Stand ein Ende zu machen, das die Herstellung der Schwefelholzer über ihre Beschränkung bringt. Es bestehen zwar seit 1884 besondere Schutzvorschriften, sie können aber nicht hindern, daß doch Jahr für Jahr zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen den giftigen Dämpfen zum Opfer fallen, die bei der Fabrikation der Schwefelholzer benutzte weiße (oder gelbe) Phosphor ausströmt. Er zerstört die Kalkknochen und den Unterkiefer, so daß diese gänzlich zerstört werden; gegen diese Phosphornekrose giebt es kein Schutz- und kein Heilmittel. Die Regierung sträubte sich bisher gegen ein Verbot, weil die Schwefelholzfabrikanten große Abfindungssummen (man sprach von 10 Mill. Mark) forderten; sie behaupteten, es gebe keine andere ungefährliche Bindemasse, es sei denn, daß die der sogenannten Zündholzer verwendete würde. Diese habe aber zur Voraussetzung, daß nicht einheimisches Fichtenholz, sondern ausländisches Eschenholz verwendet würde, das einerseits die Fabrikation verteuere, andererseits eine vermehrte Holzeinfuhr aus dem Auslande nötig mache.

Der seitens unserer Fraktionsredner Wurm an die Regierung gestellten Aufforderung, doch mit Hilfe des Reichsgesundheitsamtes einen Ersatz für die Schwefelphosphorzündmasse suchen zu lassen, ist die Regierung nun nachgegeben. Der vom 15. November datierte Entwurf eines Gesetzes betreffend Phosphorzündwaren spricht ein absolutes Verbot der Verwendung von weißem und gelbem Phosphor zur Herstellung von Zündhölzern und anderen Zündwaren aus; sie dürfen nicht gewerbmäßig feilgehalten, verkauft oder sonst in Verkehr gebracht, auch nicht in das Zollinland eingeführt werden. Eine Ausnahme wird nur zugelassen für Zündkerzen, die zur Entzündung von Gruben Sicherheitslampen dienen, weil, wie die Begründung des Gesetzesentwurfes sagt, ein Ersatz für diese noch nicht vorhanden sei — eine Frage, die sich in absehbarer Zeit wohl erledigen wird.

Eine Entscheidung an die Fabrikanten sieht der Gesetzesentwurf nicht vor und zwar, wie auch gelegentlich der früheren Reichstagsdebatten der Redner unserer Fraktion betonte, mit vollem Recht. Jeder Arbeiterschutz schädigt schließlich diese oder jene Unternehmergruppe, die bisher rücksichtslos gegen ihre Arbeiter vorgegangen sei.

Dagegen hat die Reichsregierung sich den Erwerb eines Verfahrens zur Herstellung einer Bindemasse, die frei von weißem Phosphor ist, gesichert, falls der Entwurf bis zum 1. Juli 1903 Gesetzeskraft erlangt. Dies Verfahren soll den deutschen Fabrikanten von Weißphosphorzündhölzern (sog. Schwefelholzern) zur Benutzung freigegeben werden. Ueber den Preis, den die Regierung dafür zahlt, theilt sie vorläufig nichts mit.

Gegen die Verwendung von Reichsmitteln zu diesem Zwecke werden unsere Genossen um so weniger etwas einzuwenden haben, da es sich nicht allein um einige Großfabrikanten handelt, die davon Nutzen ziehen, sondern auch um zahlreiche arme Hausindustrielle im Thüringer Walde, und andererseits die in jener Industrie beschäftigten Arbeiter einer schrecklichen Gefahr entzogen werden.

Wir könnten also mit dem Regierungsentwurf völlig zufrieden sein, wenn er nicht das Inkrafttreten des Gesetzes unnötig lange hinaus schiebe. „Um den Zündholzfabrikanten zur Bewältigung der Schwierigkeiten des

Ueberganges eine auskömmliche Frist zu lassen.“ ist nämlich als Termin für das Inkrafttreten der Herstellung und der Einfuhr von Weißphosphorzündhölzern der 1. Januar 1907, als Zeitpunkt, nach welchem Weißphosphorzündhölzern nicht mehr verkauft werden dürfen, der 1. Januar 1908 vorgeschlagen worden. Hier meinen, daß ein kürzerer Termin sehr wohl festgesetzt werden könnte. Nachdem einmal ein Verfahren gefunden ist, das ungefährlich ist, wäre es gewissenslos, mit seiner Einführung zu zögern. Sieht doch die Regierung in der Begründung des Entwurfes bekannt, daß trotz Innehaltung der Schutzvorschriften von 1893 bis 1899 52 Personen an Phosphornekrose erkrankten, obwohl 1899 nur 781 männliche und 1107 weibliche, insgesamt also 1888 Arbeiter in großen Anlagen beschäftigt wurden, von denen ein erheblicher Theil nicht einmal der Vergiftungsgefahr ausgesetzt war. Außer diesen 52 Arbeitern sind in den Jahren 1889 bis 1897 an Phosphornekrose noch weitere 23 Personen erkrankt, welche Weißphosphorzündhölzern in unvorschriftsmäßigen Räumen widerrechtlich hergestellt haben. „Zweifelloser aber sind nicht einmal alle Phosphornekrosefälle zur amtlichen Kenntniß gelangt.“ Gegenüber dieser nunmehr auch amtlich zugestandenem verheerenden Wirkung dieser Fabrikation ist es durchaus unzulässig, den Termin des Inkrafttretens so lange hinauszuschieben. Unsere Fraktion wird deshalb darauf dringen, daß der Gesetzesentwurf baldigst im Reichstage zur Verhandlung gelangt, schnell erledigt, und der Gültigkeitstermin des Gesetzes in nächste Nähe gerückt wird.

Soziales und Parteileben.

Der Weberstreik in Meerane (Sachsen). Die Streikenden haben leztthin gemachte Einigungsvorschläge abgelehnt. Drei Versammlungen der Ausständigen beschäftigten sich gleichzeitig mit dieser Angelegenheit. In allen Versammlungen wurde einstimmig die Weiterführung des Streiks beschlossen, weil der vorliegende Vergleichsvorschlag keine nennenswerthe Lohnaufbesserung in sich schloß und die Weber ohne genügende Lohnerhöhung auf Grund eines Tarifs nicht wieder zur Arbeit zurückkehren wollen. Ueber den vorliegenden Vergleichsvorschlag ist in geheimer Abstimmung entschieden worden. Dieses Votum war nahezu einstimmig ablehnend; es stimmten 1570 für Fortsetzung des Streiks und nur 25 für Rückkehr zur Arbeit. Die Stimmung der ausständigen Weber ist außerordentlich kampfbereit.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Rattowitz siegte die Liste der freien Gewerkschaften. Das ist die vierte obereschlesische Stadt, welche sie sich erobert haben.

Parteipresse. In die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ ist Genosse Dr. Lensch Montag als zweiter politischer Redakteur eingetreten. Lensch hat in den Jahren 1900/01 unser Straßburger Parteiorgan, die „Freie Presse“, geleitet und war nach dieser Zeit in London und Paris thätig.

Schuhfabrikation und Schuhhandel. Man hätte früher denjenigen ausgelacht, der vorausgesagt hätte, daß einige wenige Schuhfabriken genügen, um den Schuhbedarf eines ganzen Volkes herzustellen. Und doch nähern wir uns allmählich immer mehr dieser Zentralisierung der Schuhfabrikation. Was auf diesem Gebiete während der letzten Jahre geschehen ist, ersieht man am Besten aus der Entwicklung der großen Schuhfabriken. Diese Großbetriebe sind dazu übergegangen, nicht nur den Handwerker, sondern auch den selbstständigen Schuhhandel auszuschalten und durch ein dichtes Netz von eigenen Filialen sich zum Lieferanten von Schuhwaren in allen Theilen Deutschlands zu machen. So haben wir in Burg bei Magdeburg eine Schuhwarenfabrik, die gegenwärtig nicht weniger als 72 eigene Geschäfte in allen Theilen Deutschlands besitzt, davon 15 in Berlin und nächster Umgebung. Die übrigen 57 befinden sich geschickt

vertheilt in allen bevölkerungsreichen Orten, zunächst so ziemlich in allen Großstädten, dann aber auch in Industriezentren und kleineren Residenzstädten. Von diesen eigenen Filialen aus wird dann weiter das umliegende Gebiet, Städte und Ländereien, bearbeitet, um den Absatz stetig zu erweitern. Durch dieses eigene Filialsystem der Großbetriebe werden große Ersparnisse erzielt, da so ziemlich der ganze Gewinn, den bisher der selbstständige Schuhhandel wegnahm, der Fabrikation zu Gute kommt und dazu verwendet wird, entweder den Gewinn der Fabrikation zu steigern oder aber die Verkaufspreise der fertigen Waare dort herabzusetzen, wo es die Konkurrenz zu verdrängen gilt.

Aus der sozialen Rechtsprechung. Das Reichsversicherungsamt hat stets angenommen, daß ein Ehegatte niemals als Arbeiter oder Betriebsbeamter im Betriebe des anderen Ehegatten betrachtet werden könne, weil die sittliche Auffassung der Ehe als eines Verhältnisses zwischen zwei zu ungetheilten Lebensgemeinschaft bestimmten Personen unvereinbar sei mit den Begriffen Arbeitgeber und Arbeitnehmer; Eheleute seien gleichberechtigt und von einander nicht abhängig, wie die Arbeitnehmer von den Arbeitgebern. Das preussische Oberverwaltungsgericht stand bisher stets auf demselben Standpunkt, ist aber nunmehr mit dem Reichsversicherungsamt in Widerspruch gerathen in einem Rechtsstreit, welcher zwischen der Stadt Berlin und einer Krankenkasse schwelte. Das Oberverwaltungsgericht erklärte, nach der Rechtsauffassung, welche sich auf Grund des Bürgerlichen Gesetzbuches geltend gemacht habe, sei ein Arbeitsverhältnis zwischen Eheleuten gegen Lohn bezw. Gehalt rechtlich nicht als unzulässig anzusehen. Dies entspreche theilweise den Gestaltungen des wirklichen Lebens, wie sie öfters in schwierigen Erwerbsverhältnissen entstanden seien. Die Erfahrung lehre, daß Geschäftsleute nach einem Konkurse häufig nur dadurch Kredit und Einkommen erlangen können, daß die Ehefrau das Geschäft auf ihren Namen fortführt und ihren Ehemann wie einen Angestellten beschäftigt. Es sei auch nicht aus dem Geiste und der Absicht der sozialen Gesetzgebung entsprechend anzusehen, einen Ehemann, welcher in dem Betriebe der Ehefrau arbeite, von den Wohlthaten der sozialen Gesetze auszuschließen.

Gemeindewahlen. Recht erfreulich haben unsere Genossen in Nürnberg bei der Gemeindewahl abgeschnitten, wenn ihnen auch der Sieg noch nicht zugefallen ist. Zum ersten Male waren sie diesmal alle in vorgegangen und erzielten rund 4000 Stimmen, während die freisinnig-nationalliberale-demokratische konservative Liste rund 7200 Stimmen aufbrachte. Vor drei Jahren hatte die freisinnig-nationalliberal-kerikale Liste 5800, die sozialdemokratische-volksparteiliche Liste 3500 Stimmen erhalten. Trotz der Abspaltung der Volksparteiler und der geradezu ekelhaften Abspaltung unserer Partei durch den „freisinnigen“ „Frankfurter“ ist unsere Stimmenzahl doch um 500 gewachsen! Das Mischmasch-Partei hat demnach durchaus keine Ursache, über den Sieg alzu laut zu frohlocken. Weniger gut schnitten dagegen unsere Genossen in dem Nürnberg benachbarten Fürth ab. An Stelle der auscheidenden Volksparteiler und Sozialdemokraten wurden gewählt: 8 Liberale, 2 Volksparteiler und 4 Sozialdemokraten; die Genossen Segitz und Dr. Morgenstern unterlagen. In Fürth war also die freisinnige Wandlungsarbeit von besseren Erfolgen begleitet, als in Nürnberg. — In Würzburg siegten ebenfalls die bürgerlichen Parteien über die Sozialdemokratie; es wurden 6 Zentrumsmänner, 3 „Demokraten“ und 5 Liberale gewählt.

Aus Nah und Fern.

Der Wahrheitsbeweis. Der Parteigenosse Haack aus Dresden hatte in einer Gewerkschaftsversammlung in Baugen über die Zustände in der Waggonfabrik von Busch daselbst gesprochen. Dabei hatte er die Behauptung

In den Minen.

Roman von R. Orth.

38. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Morgan hatte alles gehört, und so vollständig diese unerwartete Wendung der Dinge alle seine Pläne durchkreuzte, so klar war er sich doch während der letzten Minuten darüber geworden, daß es unmöglich sein würde, Mund andern Sinnes zu machen, so lange nicht ihre eigenen Erfahrungen ihr den Beweis geliefert hatten, daß sie ihren Kopf auf die Durchführung von etwas Unmöglichem gesetzt habe. Unter solchen Umständen war es jedenfalls das Beste, vorerst scheinbar auf alle ihre Absichten einzugehen, damit sein nutzloses Sträuben nicht einen gefährlichen Verdacht in Daisy's Herzen aufsteigen lasse.

Sobald er sein Einverständnis zu erkennen gegeben hatte, war Daisy mit einem Jubelruf aufgesprungen und hatte sich, unbekümmert um die Gegenwart der anderen, an seine Brust geworfen. Mund aber lächelte ihm hinter dem Rücken der Nebenbuhlerin tapfer zu, als ob sie ihm damit noch einmal sagen wollte, wie ruhig sie trotzdem in der felsenfesten Gewißheit ihres sicheren und auch unverlierbaren Besizes sei.

„Guten Morgen, Frau Kehoe! — Ist das Ihr Kleiner? Wahrhaftig, ein prächtiger Junge und dem Vater wie aus dem Gesicht geschnitten!“

Anna Kehoe, die in geringer Entfernung von ihrem Hause auf einem Baumstamm saß und mit trübem Blick auf das im hellen Morgenrothenschein auf dem moosigen Waldboden spielende Kind schaute, fuhr bei der fröhlich klingenden Rede wie aus einem schweren Traum empor. Sie sah noch trauriger aus, als am Abend, da Dougherty ihre Bekanntschaft gemacht hatte, und ihr wirklich häßliches Ge-

sicht schien seitdem viel von seiner angenehmen Rundung verloren zu haben.

„Sind Sie's, Mr. Dougherty? Ich meinte, Sie hätten das Wiederkommen längst vergessen.“

Er hatte sie in englischer Sprache angeredet, und sie hatte ihm ebenso geantwortet. Nun aber, indem er näher auf sie zutrat und seine Stimme dämpfte, bediente er sich wieder der Laute ihrer deutschen Heimath.

„Nicht vergessen, Frau Anna; aber ich hatte meine guten Gründe, mich nicht zu häufig hier zu zeigen. Sie haben doch geschwiegen?“

„Gewiß! Und es ist mir nicht schwer geworden. Ich bin froh, wenn ich mit keinem von diesen Menschen zu reden brauche.“

„Auch Ihrem Manne haben Sie nichts gesagt?“

„Nein, obwohl es vielleicht ein Unrecht war; denn manchmal ist es mir, als ob Sie mich doch nur zum Besten hielten. Aber wenn man so unglücklich ist wie ich, klammert man sich voll Verzweiflung an jede Hoffnung.“

„Sie sollen Ihr Vertrauen nicht bereuen, Frau Anna! Aber ist es denn neuerdings noch schlimmer geworden, daß Sie so nutzlos sind? Ihr Mann hat doch nicht angefangen, Sie schlecht zu behandeln?“

Die Frau schüttelte den Kopf. „Nein, er ist gut und freundlich mit mir, denn er hat mich wirklich lieb. Aber wer weiß, wie bald es auch damit zu Ende sein wird! Dieser entsetzliche Mensch, den Sie und Mr. Donald uns ins Haus gebracht haben, ist sein Verderben. Er weicht nicht einen Augenblick von seiner Seite und verführt ihn zum Trinken.“

Sie brückte die Schürze an die Augen; Dougherty aber bengte sich zu ihr herab und flüsterte ihr ins Ohr: „Beruhigen Sie sich, liebe Frau Kehoe! Der unwillkommene Gast wird Ihrem Glück nicht mehr lange gefährlich sein — mein Wort darauf. Aber wenn Ihnen daran liegt, ihn rasch und für immer los zu werden, so beweisen Sie mir jetzt, daß

Sie eine kluge Frau sind, und daß Sie Vertrauen zu mir haben. — Ist Campbell drinnen im Hause?“

„Ja, er liegt in der Kammer neben der Gaststube und verschläft seinen Rausch von der letzten Nacht.“

„Vortrefflich! Und Ihr Mann?“

„Er sitzt drinnen bei seiner Schneearbeit, mit der er sich immer die Zeit vertreibt, wenn es in der Wirtschaft nichts zu thun giebt. Wollen Sie nicht zu ihm hinein?“

„Ja. Aber zuvor möchte ich Sie um etwas bitten. Gehen Sie mit dem Kinde noch etwas weiter vom Hause fort und kommen Sie vor Ablauf von anderthalb Stunden nicht zurück. Ich verspreche Ihnen, daß Sie zum Lohn dafür bei Ihrer Heimkehr eine angenehme Ueberraschung vorfinden sollen.“

Sie sah ihn verwundert an und öffnete eben die Lippen, um eine Frage zu thun, als die riesenhafte Gestalt des Einbeinigen in der Thür der Laverne auftauchte und seine mächtige Stimme fröhlich zu den beiden herüberhallte: „Holla, Dougherty! Woher des Weges so früh? Wenn Du gekommen bist, ein Stündchen mit mir armen Waldmenschen zu verplaudern, soll Dir's an einem Händchen und an einem Gläschen Whisky nicht fehlen. Wenn Dir's aber darum zu thun war, mit meiner Annie zu schwärmen, so können wir ja auch einen Gang auf rechtshaffentrißige Fäuste miteinander machen.“

Das breite Lachen auf seinem gutmüthigen Gesicht bewies, wie wenig ernst es ihm mit der Drohung war. Dougherty aber hielt es trotzdem für gerathen, sich nicht länger bei der jungen Frau aufzuhalten. Er maßte sie durch einen Blick an die Erfüllung seines Verlangens und schritt dann mit einem Scherzwort dem Hause zu.

Anna Kehoe that wirklich, wie er ihr geheißen hatte. Sie nahm ihr Kind auf den Arm und ging tiefer in den Wald hinein. Aber ihre Gedanken blieben beim Hause zurück, und es waren hange und gar traurige Gedanken, denn je mehr sie über Dougherty's unverständliche Andeutungen

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

4. November. Arbeiter Th. J. E. D. Böhm, 13. Arbeiter J. W. G. Meyer, 14. Arbeiter G. F. F. Chr. Th. Mesnikoff (Wilhelmshöhe), Fabrikarbeiter C. M. Chr. J. Schmidt, Klempner M. Chr. W. J. Brüggmann, 15. Maschinist A. G. H. Guth, Arbeiter F. W. Appel, Bäckermeister W. G. F. Jacobs, 16. Schmied H. K. Paul, Böttcher H. B. Th. Biff (Krempelsdorf), Arbeiter C. F. Soc. Kaufmann D. L. Burckhardt, Biegelmeister H. A. S. Brühner, 17. Klempner B. J. F. Friedrichs, Pflösbote H. W. Nieme, Bootsmann H. J. G. C. Kuff, Postbote G. N. F. Leutner, 20. Arbeiter L. W. Th. Harberg, Kutscher W. Chr. A. Wiffner, 21. Klempner P. Meyer.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

8. November. Kellner C. W. G. Lumm, 9. Bäcker J. F. S. Blagemann, 20. Maschinentechniker F. S. L. Schlobmann, 11. Arbeiter J. F. W. Röll, 12. Zimmermann F. J. Th. gen. R. Möller, Arbeiter A. J. F. Ruydel, 13. Klempner W. G. O. P. Behrson, Bäcker Chr. F. A. Hamann (Wilhelmshöhe), Arbeiter N. Stachowial, 14. Arbeiter J. A. C. Kofchen, Bäcker C. A. Bösch, Fuhrmann G. J. Gehl, 15. Arbeiter H. F. J. Stamann, Arbeiter A. G. Chr. Maass, Kaufmann J. H. D. Goldenbaum, 16. Schlosser E. L. M. D. Barchmann, Tischler J. H. J. Stäwe, Arbeiter H. G. J. Staas, Arbeiter H. G. W. Bibau, 17. Arbeiter Chr. J. H. Knopp, Arbeiter G. L. W. Paale, 19. Maurer J. H. Boffrag, Postbote G. R. F. Bierow, 20. Cigarrenarbeiter M. Schied, 21. Dachdecker C. A. W. Ulrich, Stationsarbeiter H. K. L. Penfel.

Storbefälle.

15. November. W. J. C. Gaffelsfeldt, 1 J. F. J. E. Wendt, 2 Mt. 16. Catharina M. D. geb. Bauer, Wittwe des Arbeiters J. Chr. Siems, 70 J. A. W. Steffin, 1 J. F. J. C. Böker, 1 Mt. (Wilhelmshöhe), Gefunden in den Sandbergstammen: Die Leiche eines unbekannten Mannes, Kellner J. J. H. Romann, 36 J. 17. Altheimer H. M. Schmidt, 88 J. (Schönböden), C. J. H. F. Kröger, 1 J. 18. D. M. Chr. Schnoor, 3 J. Schiffs-Kapitain G. J. Chr. Bremer, 55 J. 19. C. Chr. geb. Behrens, Wittve des Holzvogts H. H. Westphal, 80 J. E. C. B. Hansen, 25 J. 20. M. A. B. Uteich, 11 J. Ein todtgeb. Knabe, W. Schmidt, B. P. C. Lantow, 21. Arbeiter J. F. Pawolowski, 26 J. Arbeiter J. C. S. Winkler, 62 J. (Wilhelmshöhe), 22. W. F. G. Stender, 9 Mt.

Angewandte Aufgebote.

17. November. Kesselfchmied W. D. A. Meidel und E. Köller, Schmied G. H. C. Zeslin und C. Wilhelms, Rechtsanwalt und Notar A. W. Wienert und M. C. Wendt, Kommiss B. A. Jugwers und M. C. Raabe zu Dietrichsdorf, 18. Kaufmann E. Bragenheim zu Gütstrow und A. A. Meyer, Maler J. J. H. L. Jarchow und C. M. G. H. Wiende, Händler W. J. F. Borath und M. C. Stender, 20. Arbeiter A. W. M. Hermann zu Wulfshahl und M. C. G. Holm zu Strelendorf, Arbeiter A. G. Both und G. P. J. Sandgardt, Brückenwärter M. J. L. Wawe und C. J. M. Behrson, 21. Kaufmann C. E. J. Th. Kreuzfeldt und W. M. A. Burmeister zu Schönberg, Gärtner J. F. G. Westphaling zu Krempelsdorf und C. D. L. Spehmann zu Schönböden, Schlosser H. H. Minne und C. M. Wulf, 22. Maler C. D. C. Roschke und C. M. G. Scharnburg.

Chirurgische Nachrichten.

18. November. Handlungsgehülfe C. J. C. H. Schröder und M. M. Westendorff, Hauptmann und Kompagniechef im Rheinischen Jäger-Bataillon Nr. 8 C. E. D. Th. L. von Duitow zu Schlettstadt und A. G. S. Arbeiter J. G. Wend und J. M. Koch, beide zu Dorstorf, Pantoffelmacher G. F. A. Stamer und M. M. Pohlmann, 21. Postbote H. M. J. Leutnecht zu Carlsw und C. E. D. Guldner, Diätar J. F. A. Sindermann und M. A. A. Meier zu Wismar, Arbeiter J. H. Glinz und W. H. C. M. Winkelmann, Handlungsgehülfe C. H. Eke und M. C. D. M. B. Wulf, 22. Schriftsetzer L. C. U. G. Kätow und J. C. Reng, Arbeiter J. F. F. Peterfen und C. G. H. Töner, Arbeiter C. Gans und A. M. C. Schuldt, Arbeiter J. M. L. Wulf und M. E. D. Kasten, Schlosser C. E. C. G. Bloen zu Glückstadt und M. C. W. D. Lörbe, Chemiker Doktor der Philosophie J. F. Mann zu Hildesheim und M. H. S. Dupe, Ziegler H. C. U. F. Straten und M. W. C. Spindler, Vierfahrer H. D. Brede und M. M. Mamin, Arbeiter G. J. F. Saach und M. M. Köhler, Handlungsgehülfe J. D. Meschedahl und A. M. K. Freitag zu Daffow, Güterbodenarbeiter A. G. J. Utermark und C. D. Meier zu Groß-Steinrade.

aufgestellt, daß zur Herstellung von fünf Eisenbahnwaggonen für die sächsische Staatsbahn nicht das zuvor amtlich bezeugte Holz, sondern schlechtes, theils rissiges, theils faules Holz verwendet worden sei. Dadurch fühlte sich die Firma beleidigt und stellte Strafantrag, der, wie üblich, vom Staatsanwalt aufgenommen wurde. In der Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts Bauen wurde durch drei Stellmacher, die an diesen Wagen gearbeitet hatten, ausgesagt, daß Schweller, die zu den Wagen verwendet wurden, rissig und zum Theil faul gewesen seien, daß ferner der amtlich beauftragte Schweller andere verwendet worden seien, daß große Stellen an diesen Schwellern ausgefräst worden seien. Bei einer Revision durch den Zeugen, Eisenbahnsekretär Zimmer, an halbfertigen Wagen sind an einem Träger gestrichelte Stellen vorgefunden worden. Der Träger mußte wieder herausgenommen werden. Ein Werkführer der Fabrik war zwar sehr unbestimmt in seinen Aussagen, mußte aber schließlich auch zugeben, daß Gliderien vorgekommen seien, wenn sie auch nicht so groß sein sollten, wie die drei Stellmacher bezeugt hatten. Darauf schloß das Gericht die Beweisaufnahme, da der Sachverhalt hinreichend geklärt sei, und — verurtheilte Haack zu 500 Mark Geldstrafe, weil er der Firma unredliche Absichten unterzogen habe durch die Behauptung, daß Material untergefahren worden sei, das gar nicht abgenommen war.

Ein polizeilicher Mißgriff schlimmster Art ist Montag früh in Barmen vorgekommen. Der Stationsassistent Emde brach, als er Morgens um 5 1/2 Uhr sich zum Dienst begab, auf der Bahnhofstraße bewußtlos zusammen. Schwerkranke fanden den Unglücklichen und brachten ihn in der Annahme, er sei betrunken, nach dem Kantongefängniß. Erst nach mehreren Stunden theilte die Polizei den Vorfall im Stationsbureau mit, und als man von hier erfuhr, daß der Herr unmaßig betrunken sein könne, da er nur die angegebene Zeit seinen Dienst hätte antreten müssen, wurde ein Arzt requirirt, der feststellte, daß der im Kantongefängniß Untergebrachte von einem Gehirnschlag getroffen sei. Nunmehr wurde, wie man der „Frankf. Ztg.“ schreibt, der Schwerkranke ins Krankenhaus geschafft, wo er nach kurzer Zeit verstarb.

Von religiösem Wahnsinn wurde in Bad Nauheim eine Familie, bestehend aus Mutter, Sohn und Tochter, befallen. In einer der letzten bittersten Nächte spazierten sie in einem Kosmum, das einmal „salonfähig“ war, als der Name der Erkenntniß noch nicht seine Wirkung gethan hatte, in ihrem Garten umher, bildeten sich ein, es sei das Paradies, und warteten auf Gott. Die Tochter verfiel zuletzt in Raserei und mußte, dem „Frankfurter Kurier“ zufolge, nach Siegen in die Klinik gebracht werden.

Ein verkannter Raubmörder. Ein unangehmer Polizeibeamter erlebte am Abend des Dinstags und Mittags ein Jauger, in Frankfurt a. M. zugereister Mann. Ich sah, so erzählt er seine Erlebnisse in der „Kleinen Presse“, im Fremdenzimmer des Gewerkschaftshauses und dachte an nichts Böses, als plötzlich die Thür aufging, zwei Männer in Begleitung zweier Schwerkranke, denen bald zwei weitere Schwerkranke und ein Kriminalbeamter folgten, auf der Wache erschienen, sich etwas umsahen und dann auf mich zuwanden mit der Vertheidigung: „Das ist der Raubmörder.“ Noch ehe ich mein Erkennen geäußert hatte, ergreifen mich schon zwei Polizisten und schleppen mich nach der Polizeiwache in der Hammelsgasse. Die übrigen Beamten mit den beiden anderen Männern bildeten die Sicherkeitskorte. Auf der Wache wurde ich vernommen und meiner Effecten wie Uhr, Geld, Messer usw. entledigt; nachher wurde ich an jedem Arm gefesselt und, von zwei Polizisten geführt, unter Eskorte der zwei anderen Beamten nach dem Polizeigefängniß transportirt, wo ich während der Nacht mehrere scharfe Verhöre zu bestehen hatte. Auch wurde an meine Heimathbehörde in Sachse telegraphirt und wegen meiner Personals ein Angefragt. Die körperlichen Untersuchungen ergaben demnach, daß ich mich fast ichame, sie zu verhindern. Am nächsten Tag gegen Mittag kam in meine Zelle ein älterer Beamter, der mir mittheilte, daß ich vorausichtlich photographirt werden würde. Das geschah aber nicht, vielmehr wurde ich um 11 1/2 Uhr entlassen, da sich die schwere Vertheidigung als vollkommen grundlos erwiesen hatte. Wie ich erfuhr, hatten mich die zwei fremden Männer des Raubmordes beschuldigt, der am Sonntag von einem Raubmörder in Sachsen im Vogelsberg verübt wurde. Dem Polizeibeamter nach die Vertheidigung selbst etwas ungenügend vorgekommen sein, denn er machte mich bei der

Entlassung darauf aufmerksam, daß ich gegen die zwei Leute, die aus dem Vogelsberg extra hierhergekommen waren und mich so bestimmt für den gesuchten Raubmörder, auf dessen Ergreifung 500 Mt. Belohnung gesetzt sind, bezeichneten, klagbar vorgehen könne, wozu er mir in der Weise behilflich war, daß er deren Personalien feststellte. Auch sonst war die Polizei verhältnißmäßig höflich. Im Polizeigefängniß wurde mir erlaubt, einen Brief an meine Angehörigen zu schreiben, worin ich den Vorgang erzählte und um 60 Mt. Geld bat, damit ich mich, wenn ich auf freien Fuß käme, persönlich an Ort und Stelle über die Vermögensverhältnisse der Denunzianten informiren und Klage erheben könne. An sofortiger Entschädigung wurden mir als Höchstbetrag 10 Mt. zugesagt.

Fünf Jahre Gefängniß wegen eines Faustschlages gegen einen Unteroffizier erhielt der Kanonier 2. Klasse des 3. Feldartillerie-Regiments, Joseph Maier, vom Kriegsgericht in Augsburg. Er hatte wegen unerlaubten Entfernens aus dem Heere 8 Monate Festung abzubüßen und wurde dort von einem Unteroffizier wegen eines kleinen Vergehens, dessen er nicht schuldig zu sein behauptet, gestellt, wobei er demselben einen Stoß vor die Brust versetzte. Wegen militärischen Vergehens des thätlichen Vergehens an Vorgesetzten muß er 5 Jahre 2 Monate 15 Tage ins Gefängniß und wird aus dem Heere ausgestoßen.

Grausame Behandlung italienischer Rekruten. Aus Mailand wird der Wiener „Zeit“ geschrieben. Dieser Tage ereignete sich auf dem Exerzierplatze bei dem Städtchen Varese ein eigenthümlicher Fall von Soldatenmißhandlung, der berechtigtes Aufsehen erregt. Der Leutnant des 84. Infanterie-Regiments Antonio Rocca befohl einigen Rekruten, die sich in Reih und Glied unaufmerksam gezeigt hatten, aus dem Zuge zu treten, setzte sich auf sein Fahrrad und kommandirte dann: „Ausschritt, mir nach!“ Die Soldaten gehorchten und machten einige mit der größten Geschwindigkeit ausgeführten Runden um den Platz. Nach einigen Minuten kürzte der schwächste unter ihnen bewußtlos zusammen. Der Offizier aber setzte das grausame Manöver fort, bis sämtliche in so schrecklicher Weise bestrafte Rekruten ohnmächtig hinfielen und ins Spital gebracht werden mußten.

Barbarische Rechtspflege. Ein Negermädchen auf St. Thomas wurde vom dortigen Unter- und Obergericht wegen Entwendung von einigen Gegenständen im Werthe von kaum einem Dollar zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt, und dieses Urtheil ist am 18. November d. J. vom höchsten Gericht in Kopenhagen bestätigt worden. Die Verurtheilte ist mehrere mal verheiratet und verbüßt gegenwärtig eine Zuchthausstrafe von 8 Jahren wegen Diebstahls, welches Verbrechen auch der Hauptgrund ihrer früheren Verurtheilungen war. Das jetzt gefällte Urtheil entspricht durchaus den barbarischen westindischen Strafgesetzen.

Der größte Kassenstrahl der Welt. Eine Lebensversicherungsgesellschaft in Hartford (Vereinigte Staaten) muß viel Geld zum Bewahren haben, denn sie hat sich einen Kassenstrahl bauen lassen, der 400 Zentner wiegt und der das hübsche Cümchen von 740 000 Mark gekostet hat.

Ein Vorexperiment. Der erste Chemiker im Ackerbaudepartement der Vereinigten Staaten, Mr. Wiley, begann am Montag, einer Laffan-Meldung zufolge, eine Reihe von Experimenten an Menschen, um die gesundheitlichen Erhebungen gegen die mit Borax zubereiteten amerikanischen Fleischkonserven auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen. 6 Beamte des Ackerbaudepartements erhalten reine Nahrung, und zwar Fleisch ohne Borax und Gemüse, 6 andere erhalten nur mit Borax zubereitetes Fleisch. Nach Ablauf von 14 Tagen werden die Ergebnisse verglichen. Die Beamten wechseln darauf die Diät, und die Versuche, die ein Jahr dauern sollen, nehmen ihren Fortgang. Die Beamten haben sich freiwillig zu diesen Versuchen zur Verfügung gestellt und sich verpflichtet, während der Dauer derselben keine andere Nahrung zu sich zu nehmen, als die von Amtswegen gestattete.

Ein neuer Titel. Aus Darmstadt schreibt man der „Frankf. Ztg.“: Der Großherzog hat dem Bildhauer Joh. Scherrer hier den Titel „Hofmarschall“ verliehen. Weiter wird mitgetheilt, daß der Adreßkalender auch eine Hofmarschallin Schneiderwitwe und einen Hofmarschallspordewärter verzeichnet. Deutschland war von jeher das Land schöner und begehrtesten Titel.

und Verheirathungen nachsah, desto mehr wollte es ihr zur Ehre gerechnen werden, daß da drinnen irgend etwas Besonderliches geschehen sollte.

Als es eine halbe Stunde hatte sie sich mit diesen Worten gequält, ohne daß der Rath eines Entschlusses zu ergäbe. Da aber begann das Kind plötzlich ohne erschütternde Ursache heftig zu weinen und die junge Frau nahm das für einen Reiz des Kindes, daß ihrem Vater in diesen Augenblicken das Schicksal geschehe.

Das Kind in der Welt hätte sie sich jetzt noch verheirathen lassen, ja, ja, ja. Mit angstvoll klopfendem Herzen betrat sie das Zimmer des Hofmarschallens. In dem von hellen Sonnenstrahlen erfüllten Gemache sah die Hofmarschallin ihres Mannes auf einer Bank an der Hauptthür, seinen gewöhnlichen Platz, mit vorzüglichen Oberbekleidungen und dem Kopf auf dem über den Tisch verhängten Vorhang. Vor ihm stand eine Prämienplakette und zwei Kinder. Doch er war nicht mehr da.

näheren aber, ihn zu ermuntern, bis hierher trod dem ohne Erfolg. Das erneute Geföhrei des Kindes nöthigte sie endlich, diese Verheirathung anzugehen, und sie machte sich nach mit der Verheirathung des Kindes zu schaffen, als der Schatten einer menschlichen Gestalt in das Zimmer fiel und sie veranlaßte, sich der Thür zuzuwenden.

„Riß Rosaghan!“ rief sie erschrocken, als sie die Tochter des Scheinwirthes von „Sheridan House“ erkannte. Und in ihrer Aufregung bemühte sie sich nicht einmal, zu verkennen, daß dieses Erkennen ein keineswegs freudiges war.

Daß aber, die mit rothem Blut das Zimmer überfluten hatte, machte ihr ein Zeichen, wie wenn sie sie bedauern wollte, ihre Verwunderung doch minder lebhaft zu äußern. Und sie selbst dämpfte ihre Stimme fast bis zum Stillsitzen, als sie heftig sagte: „Ich bin heraufgekommen, Sie um eine Gefälligkeit — um einen Freundschaftsdienst zu bitten.“

hier geschieht. Ihr Mann scheint zu schlafen, doch er könnte erwachen, und ich habe ein Interesse daran, daß die Angelegenheit vorläufig unter uns bleibt. Vielleicht gehen Sie mit mir hinaus. Es kann ja in wenigen Minuten gethan sein.“

Anna nahm ihr Kind auf und that, was Daisy von ihr verlangt hatte. Als sie sich ein kleines Stück von dem Hanje entfernt hatten, reichte ihr die andere ein zusammengefaltetes Blatt, das sie so lange auf der Brust unter ihrem Kleide verborgen hatte. Daß es ein Brief sei, ließ sich aus der äußeren Form des Schriftstückes gerade nicht erkennen, denn es waren weder Anrede noch Unterschrift oder Datumsangabe vorhanden. Den Inhalt des Briefes aber hatte Anna innerhalb einiger Sekunden erfasst. Und es war bewundernswürdig genug, daß sie die Selbstbeherrschung befaß, weder in ihren Mienen noch durch ein unbedachtes Wort zu verrathen, welchen Eindruck er auf sie gemacht.

Dem der Inhalt des Zettels lautete: „Es bleibt also dabei; morgen Vormittag wird Campbell in Kehoes Schenke, Thomas Hurley in Coalbale verhaftet. Auch mit David Kehoe würden wir wohl fertig werden. Wenn Ihnen aber so viel daran gelegen ist, den Mann zu schonen, so suchen Sie ihn vorher zu entfernen oder ihn auf andere Weise unschädlich zu machen. Das verlangte Markosikum erhalten Sie gleichzeitig durch Miß Raub. Einige Tropfen in einem Glase Brantwein sind genügend, auch den stärksten Mann für mehrere Stunden unschädlich zu machen.“